

Schleicher, Dr. Hans-Georg:

Die Welt war schockiert – „Operation Reindeer“ – das Massaker von Cassinga vor 30 Jahren

Namibia begeht am 4. Mai mit einem Nationalfeiertag ein zentrales Ereignis der eigenen Geschichte und gedenkt gleichzeitig eines ihrer traurigsten Kapitel – des **Massakers von Cassinga 1978**.

Vor 30 Jahren fand Namibias Befreiungskampf international große Aufmerksamkeit. Eine Sondertagung der UN-Vollversammlung Anfang Mai 1978 in New York bekräftigte einen von der UNO kontrollierten Weg des illegal von Südafrika okkupierten Namibia in die Unabhängigkeit. Während die überwältigende Mehrheit der Delegierten im Glaspalast am East River zum Abschluss der Konferenz am 3. Mai Namibias Befreiungsorganisation SWAPO Unterstützung versicherten, rüsteten im besetzten Namibia 1.500 südafrikanische Fallschirmjäger und Luftwaffenangehörige zur „Operation Reindeer“.

Die Nachricht vom Ergebnis der UN-Konferenz war noch nicht zu den Flüchtlingslagern der SWAPO in Südangola gelangt, als dort der nächste Tag mit dem Morgenappell begann. So auch in Cassinga, einst ein Bergbaustädtchen im Süden Angolas, 250 km vor Namibias Grenze. Um den Ort herum war ein Durchgangs- und Ausbildungslager für 3-4.000 namibische Flüchtlinge entstanden – mit Kindergarten, Schule, Klinik und Werkstätten. Eine Mission des UN-Kinderhilfswerks UNICEF, die kurz zuvor das Lager besuchte, war beeindruckt von der Organisation und Stimmung im Camp. 200-300 Kämpfer der Befreiungsarmee PLAN mit zwei Flak-Geschützen sicherten das Lager, man hatte auch Schutzgräben angelegt.

Um 8 Uhr am bitter kalten Morgen dieses **4. Mai** brach in Cassinga die Hölle los. Urplötzlich donnerten südafrikanische Canberra-Bomber über das Camp, feuerten aus Bordkanonen und warfen Hunderte von Splitterbomben ab. Minuten später klinkten Buccaneer-Kampfflugzeuge schwere Sprengbomben aus, Mirage-Düsenjäger schossen Raketen ins Lager. Phosphorbomben setzten Gebäude und den Busch in Brand. Dann erschienen Transportmaschinen am Himmel, Fallschirmjäger gingen rund um das Lager nieder.

Der Überfall traf die Flüchtlinge unvorbereitet. Etwa 200 Menschen starben in den ersten Minuten des Angriffs. Panik brach aus, Überlebende flüchteten in Schutzgräben oder in den Busch rund um das Lager, viele starben dort an ihren Verletzungen.

„Operation Reindeer“ verlief jedoch nicht so minutiös wie geplant. Ein Trupp Fallschirmjäger landete nicht im Zielgebiet und musste sich umgruppieren, um das Lager systematisch zu durchkämmen. PLAN-Kämpfer leisteten hartnäckigen, wenn auch chancenlosen Widerstand, angesichts der überlegenen Feuerkraft der Angreifer. An beiden Flakgeschützen, die im Erdkampf gegen die Fallschirmjäger eingesetzt wurden, wurde einer der Schützen nach dem anderen getötet und immer wieder ersetzt, bis das Feuer verstummte. Die Angreifer „säuberten“ die Schutzgräben und töteten systematisch Überlebende, auch Verwundete. Sie verminten Zufahrtswege und Gelände am und im Lager, so dass auch später Überlebende des Massakers und Hilfskräfte den Minen zum Opfer fielen. Eine angolische Einheit auf dem Weg nach Cassinga erlitt durch Minen und Luftangriffe schwere Verluste.

Mittags war das Ziel der Militäroperation erreicht, Südafrikas Armeechef General Constand Viljoen besichtigte das „Schlachtfeld“. Im Laufe des Nachmittags wurden seine Truppen mit Hubschraubern ausgeflogen. Gefangene wurden nicht gemacht, für sie gab es keinen Platz in den Hubschraubern. Bei zeitgleichen Aktionen gegen kleinere Camps bei Chequetera und

Dombondola wurden ca. 200 Gefangene auf dem Landweg nach Namibia transportiert, wo sie zum Teil gefoltert wurden.

Tage später bot sich ersten in Cassinga eintreffenden Journalisten ein Bild des Grauens. Eines der Massengräber mit 460 Toten war noch nicht geschlossen, überall im Lager, in den Ruinen der Schule, in den Schutzgräben fanden sich Spuren des Massakers. Überlebende standen zum Teil noch unter Schock. Einer der Angreifer, Leutnant Johan Frederic Verster, sprach Jahre später vom wahrscheinlich blutigsten Unternehmen seiner Truppen.

Es gibt unterschiedliche Opferzahlen. Angola listete 624 Tote auf, mehrheitlich Frauen, Kinder und Jugendliche bei etwa ebenso viel Verletzten. Andere Zahlen für die „Operation Reindeer“ insgesamt sprechen von 1.000-1.200 Toten. Cassinga und seine Opfer nehmen einen zentralen Platz in der Erinnerung an Namibias Befreiungskampf ein. Erde der Gräber von Cassinga wurde zum Heldenfriedhof bei Windhoek gebracht, der zentralen Gedenkstätte des namibischen Befreiungskampfes.

Südafrikas Armee bezeichnete „Operation Reindeer“, die größte Luftlandeoperation in der Geschichte Afrikas, als erfolgreiche Mission gegen eine wichtige SWAPO-Basis als legitimes militärisches Ziel und feierte noch bis 1996 jährlich diesen Sieg. Veteranen der Apartheid-Armee pflegen immer noch dieses Image.

Die Welt war schockiert. Pretoria konterkarierte mit dem Angriff damals auch Bemühungen des Westens um eine Lösung für Namibia. Am 6. Mai 1978 verurteilte der UN-Sicherheitsrat den Angriff auf das Flüchtlingslager. Die SWAPO sprach von kaltblütigem Mord an unschuldigen und unbewaffneten Zivilisten. Bilder vom Massengrab gingen um die Welt. Cassinga wurde zum Synonym für den Mord an unschuldigen Opfern. Der namibische Historiker Dag Henrichsen sieht die Strategie des Apartheid-Staates, der SWAPO militärisch und politisch das Rückgrat zu brechen, ins Gegenteil verkehrt – sie wurde zum internationalen Fiasko Südafrikas.

Cassinga löste eine Welle internationaler Solidarität aus, auch in der DDR. Schwerverletzte des Massakers kamen zur Behandlung ins Klinikum Berlin-Buch – damals entstand die Solidaritätsstation 303. Eine verletzte schwangere Frau brachte dort ihr Baby zur Welt, und die kleine Stefanie wuchs bei deutschen Pflegeeltern auf. Waisen des Massakers von Cassinga waren die ersten von mehreren hundert namibischen Kindern, die danach in der DDR betreut wurden. Cassinga wurde so auch ein Synonym für Solidarität.

leicht gekürzt in: „Neues Deutschland“ vom 03./04.05.2008

DIE ZEIT Nr. 20 – 12.05.1978

Militäraktion in Angola

Am Morgen traf es „Moskau“

Pretoria liefert Vorwände für das Eingreifen des Kreml im südlichen Afrika

Gabriele Venzky

Sie machten es so ähnlich wie die Israelis: Sie schlugen hart, schnell und gründlich zu. Am vergangenen Donnerstag erschienen im ersten Morgengrauen südafrikanische Mirages über **Cassinga**, einem kleinen Bergbaustädtchen im südlichen Angola, 250 Kilometer von der Grenze zu Namibia entfernt. Im Tiefflug wurden Angriffe auf „befestigte Anlagen und Bunker“ geflogen. Das erklärten die Südafrikaner später an Hand von Photos. Bomben fielen. Dann landeten schon die ersten Fallschirmjäger. Auf der Flugpiste luden Transportmaschinen

Lastwagen und leichte Schützenpanzer aus. Zur gleichen Zeit überschritten überall im Süden südafrikanische Streitkräfte die Grenze Angolas. Auch ein schwarzes Regiment der Ovambo-Heimwehr war dabei.

Zwölf Stunden später war alles vorüber. Das Lager bei **Cassinga**, unter dem Codewort „Moskau“ von den Südafrikanern als Hauptquartier der südwestafrikanischen Guerilla-Organisation SWAPO identifiziert, war zerstört, ebenso eine ganze Reihe anderer kleiner SWAPO-Stützpunkte unmittelbar hinter der Grenze auf angolanischem Boden. Das in Pretoria veröffentlichte Kommuniqué sprach von einer „begrenzten Militäroperation“, bei der nicht nur große Mengen an Material und Munition, sondern auch ein Drittel der 4.000 Mann starken SWAPO-Streitmacht vernichtet worden seien. Radio Luanda behauptete dagegen, die Südafrikaner hätten ein **Flüchtlingslager** überfallen und wehrlose Frauen und Kinder getötet. Der UN-Sicherheitsrat, von Angola angerufen, verurteilte einstimmig die „Aggression Südafrikas“. Beide Parteien wollen nun für ihre Version „Beweise“ vorlegen.

Dennoch atmen die Militärs und auch einige Politiker in Pretoria auf. „Jetzt haben wir erst einmal wieder Luft“, ist die gängige Meinung. „Und wenn es nicht reicht, dann schlagen wir noch einmal zu.“

Vor zweieinhalb Jahren standen die Südafrikaner schon einmal im südlichen Angola; damals acht Monate lang. Doch der Versuch, der Bürgerkriegsfraktion UNITA gegen die MPLA, die von den Kubanern unterstützt wurde, zum Sieg zu verhelfen, endete mit einem totalen politischen und militärischen Fiasko. Diesmal können die Südafrikaner wenigstens einen militärischen Erfolg verbuchen! Vermutlich wird es Monate dauern, bis die SWAPO wieder zu einem größeren Kommando-Unternehmen fähig ist.

Politisch ist die südafrikanische Aktion in Angola jedoch eine Katastrophe. Sie torpedierte nicht nur die entscheidenden Namibia-Verhandlungen zwischen SWAPO-Chef Sam Nujoma und den fünf Westmächten; diese für den Wochenbeginn angesagten Gespräche wurden abgesagt. Nach der südafrikanischen Aktion steht sogar der gesamte Plan wieder zur Disposition. Denn er sah nicht nur allgemeine, von den Vereinten Nationen überwachte Wahlen vor, sondern auch die Beendigung aller kriegerischen Aktionen. Daß die SWAPO jetzt ihre Waffen niederlegt, ist wenig wahrscheinlich.

Überdies wird der Einfall nach Angola Konsequenzen für den gesamten afrikanischen Kontinent haben. Noch ist nicht sicher, ob tatsächlich Kubaner in die Kämpfe mit den Südafrikanern verwickelt wurden, wie Radio Luanda berichtete. Doch allein die Tatsache, daß südafrikanische Truppen 250 Kilometer weit in angolantisches Territorium eindringen, wird den Kubanern als Rechtfertigung dienen, ihre 19.000 Soldaten und 4.000 Berater weiterhin in dem bedrohten Staat zu stationieren. Fidel Castro müssen die Ohren geklungen haben, als der angolantische Staatschef Neto ihm versicherte, Angola müsse sich weiter gegen die Bedrohung durch Südafrika und den internationalen Kapitalismus verteidigen. Deshalb, so Neto: „Die kubanischen Militärkräfte werden so lange in Angola bleiben, wie es die angolantische und kubanische Regierung wollen.“

...

Auch in Namibia möchte Sam Nujoma, der Chef der SWAPO, gerne mit Hilfe von Russen und Kubanern die Macht übernehmen. Doch in der ehemaligen deutschen Kolonie liegen die Dinge anders als in Rhodesien. Dort nämlich, in Salisbury, hat der Premier der weißen Minderheit eine so genannte interne Regelung mit den gemäßigten Schwarzen ausgehandelt, die die Vorrechte der Weißen im großen und ganzen bewahrt. Deshalb weigern sich auch die radikalen Führer der Guerilla-Truppen ihren Kampf gegen die Weißen einzustellen. Solange nicht ein für alle Parteien akzeptables Abkommen auf dem Tisch liegt — die Amerikaner und Briten bemühen sich darum — kann es keine Ruhe geben in Rhodesien.

In Namibia dagegen haben die Westmächte von vornherein versucht, ein solches Allparteien-Abkommen zustande zu bringen. Nach langen Verhandlungen kam vor zwei Wochen das Ja

Südafrikas zu diesem Plan überraschend und womöglich in der Hoffnung, die SWAPO werde ihn schon ablehnen. Gewiß, die SWAPO zögerte mit ihrer Zustimmung, doch vieles deutete darauf hin, daß sie bereit war, sich unter den Bedingungen des Namibia-Plans allgemeinen Wahlen zu stellen. Mit seinem Einfall in Angola ist Pretoria der von ihm befürchteten positiven Antwort der SWAPO zuvorgekommen.

Offensichtlich wollen die Falken im Kabinett Vorster in den Pufferstaaten Namibia und Rhodesien auf Biegen und Brechen Regierungen nach ihrem Geschmack installieren, um die Privilegien der Weißen zu erhalten. Doch welchen Wert solche „internen“ Lösungen haben, wird ihnen gerade in Rhodesien vorexerziert. Zwei Monate nach ihrer Bildung droht die schwarz-weiße Übergangsregierung bereits wieder auseinanderzubrechen.

Doch anstatt durch Vermittlung in Rhodesien und durch ein wirkliches Einlenken in Namibia dem Kreml und seinen kubanischen Hilfstruppen den Wind aus den Segeln zu nehmen, liefert Südafrika — wie im Falle Angola — auch noch den Vorwand zum Eingreifen. Ungehindert heimsen die Sowjets einen Erfolg nach dem anderen ein. So euphorisch sind sie geworden, daß sie durch ihre Nachrichtenagentur glauben verbreiten zu müssen, sie dächten gar nicht daran, einen roten Gürtel von der angolanischen Hauptstadt Luanda zur afghanischen Kapitale Kabul zu schaffen. In Wahrheit sind sie dabei, eben dieses zu tun.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 20/1978 – 15.05.1978

NAMIBIA

Gewehre ölen

Südafrikas Angriff auf angebliche Guerillabasen beim Nachbarn Angola gefährdet die Friedenslösung für das einstige Deutsch-Südwest.

Dirk Mudge, Wortführer der gemäßigten Weißen Namibias, gab sich entschlossen. „Wenn wir mit den Schwarzen nicht zu einer Einigung kommen“, setzte er in der Minenstadt Tsumeb einer Gruppe konservativer Weißer auseinander, „dann können wir die Wahlen vergessen und lieber gleich unsere Gewehre ölen ... Ich jedenfalls will die Straße des Friedens bis zum Ende abschreiten.“

Die ist möglicherweise schon zu Ende. Zwar hatte Pretoria durch seine Zustimmung zu dem westlichen Friedensplan für das ehemalige Deutsch-Südwestafrika Ende vergangenen Monats Freund wie Feind verblüfft, aber schon geraume Zeit vorher wurden in Südafrika ungewöhnlich viele Reservisten zu den Waffen gerufen. Gerüchte kamen auf, die Regierung plane einen Schlag gegen die namibische Befreiungsorganisation SWAPO.

Der kam auch prompt – am Donnerstag vorletzter Woche. Mit Düsenjägern und einigen Hundert gepanzerten Fahrzeugen drangen südafrikanische Einheiten tief in den Nachbarstaat Angola ein, der den SWAPO-Partisanen als Hinterland dient. An der Aktion waren 700 Soldaten, darunter ein Bataillon schwarzer Kämpfer von der Ovambo-Heimwehr beteiligt.

Die südafrikanische Streitmacht zerstörte nach eigenen Angaben zwei SWAPO-Lager mit den Namen „Moskau“ und „Vietnam“, eines der Lager befand sich nahe der Stadt **Cassinga**, etwa 250 Kilometer im Landesinneren Angolas.

Generalmajor Geldenhuys, Kommandeur der südafrikanischen Truppen in Namibia: Die Aktion habe sich „auf terroristische Einrichtungen“ konzentriert. Überdies seien strenge Vorkehrungen getroffen worden, die sicherstellen sollten, daß die örtliche Bevölkerung und angolanische Truppen nicht darin verwickelt würden.

Nach Angaben des angolanischen Verteidigungsministeriums handelte es sich bei dem Angriffsziel um ein „namibisches Flüchtlingslager“, in dem sich „einige tausend Frauen, alte Männer und Kinder“ aufgehalten hätten.

Schon einen Tag vor dem Coup hatte Pretoria eine lange Liste von SWAPO-Gewaltaktionen aufgezählt. Außenminister Roelof F. Botha: „Kein vernünftiger Mensch wird von uns erwarten, daß wir uns das lange gefallen lassen.“

In der Tat werden die SWAPO-Kämpfer immer mehr zu militärisch ernst zu nehmenden Gegnern der südafrikanischen Streitkräfte. Vorbei sind die Zeiten, da sie sich, allenfalls mit Gewehren und Granaten bewaffnet, darauf beschränkten, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren. Die Qualität der Ausbildung, die sie in ihren angolanischen Camps erhalten, hat sich ebenso verbessert wie ihre Ausrüstung, zu der jetzt Geschütze Granatwerfer und schwere Maschinengewehre aus Ostblock-Arsenalen gehören.

In der Nacht vor dem südafrikanischen Gegenschlag hatten die Guerrilleros das Kraftwerks-Projekt Ruacana nahe der Grenze zu Angola mit Geschützen angegriffen und schwer beschädigt.

Der Feuerüberfall, so vermuten ausländische Diplomaten in Pretoria, kam den Südafrikanern nicht ungelegen – gerade rechtzeitig vor Beginn der Gespräche, in denen die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder die SWAPO zur Annahme ihres Friedensplanes bewegen wollten.

Der Plan sieht unter anderem vor: freie Wahlen, die Ernennung eines UNO-Beauftragten, der zusammen mit dem südafrikanischen Administrator die Wahlen überwachen soll; einen allgemeinen Waffenstillstand und den Abbau der jetzt 20.000 südafrikanischen Truppen in Namibia auf 1.500 Mann bis zu den Wahlen. Die SWAPO hingegen verlangt den sofortigen Rückzug aller südafrikanischen Truppen. Außerdem soll nach der Vorstellung der Befreiungsorganisation der UNO-Vertreter mit Veto-Recht ausgestattet sein, damit er die Macht des südafrikanischen Administrators beschränken kann.

Unnachgiebig zeigen sich sowohl Südafrika wie auch die SWAPO in der Frage, wem einmal der einzige Tiefseehafen des Landes, Walfischbay, gehören soll. Pretoria will ihn keinesfalls hergeben, da er nie zum Mandatsgebiet Südwest, sondern seit jeher zu Südafrika gehört habe. Die SWAPO wiederum betrachtet den Hafen als „integralen Bestandteil Namibias“ (so SWAPO-Führer Sam Nujoma).

Ob die strittigen Punkte noch friedlich geklärt werden können, ist nach dem südafrikanischen Eingreifen unsicherer denn je, zumal westliche Beobachter in Pretoria glauben, daß Südafrikas Regierung mit ihrem militärischen Angriff jegliche Friedenslösung bewußt habe torpedieren wollen.

Denn Südafrikas Premier Vorster konnte keinesfalls sicher sein, daß bei den kommenden Wahlen statt der von ihm favorisierten gemäßigten Demokratischen Turnhallen-Allianz unter Führung von Dirk Mudge nicht doch die radikale SWAPO die Oberhand behielte.

Wenig Anlaß, pingelig zu sein, glaubte Pretoria auch deshalb zu haben, weil zum Abschluß der Namibia-Debatte in der UNO-Vollversammlung keine westliche Regierung gegen jene Strafsanktionen gestimmt hatte, die den bedingungslosen Abzug der Südafrikaner aus Namibia erzwingen sollen, etwa ein Ölembargo. Außenminister Botha: „Das ist der Dank dafür, daß wir den westlichen Plan für Namibia angenommen haben.“

Bei den Weißen Namibias, darunter vielen Deutschstämmigen, beherrscht die Genugtuung über den militärischen Schlag gegen die SWAPO alle anderen Empfindungen. Und selbst Gemäßigte wie Dirk Mudge freuen sich darüber. Mudges Zeitung „Die Republikein“ jubelte: „Südafrika kann wieder zuschlagen“ und „Das sollte eine Lehre für die SWAPO gewesen sein.“

„In sturen Fällen sind wir radikal“

SPIEGEL-Interview mit dem SWAPO-Vize Daniel Tjongarero

SPIEGEL: Die SWAPO hat „wissenschaftlichen Sozialismus“ auf ihre Fahnen geschrieben. Was meinen Sie damit?

TJONGARERO: Wir wollen nicht einfach eine der bekannten Formen des Sozialismus verwirklichen, etwa den von Mosambik oder Angola oder auch den von Moskau. Wir werden vielmehr versuchen, uns auf die einzigartige namibische Situation einzustellen.

SPIEGEL: Sie verlangen Umverteilung von Ländereien. Muß das nicht die Weißen erschrecken?

TJONGARERO: Da werden Begriffe verwechselt. Denn wir sprechen ja nicht von Nationalisierung oder von entschädigungsloser Enteignung. Wir wollen lediglich den Mitgliedern des gesamten Volkes gleiche Rechte einräumen. Die gegnerische Propaganda behauptet, daß wir für die notwendige Umverteilung, die gleichmäßigere Verteilung, nicht bezahlen wollten. Das stimmt nicht.

SPIEGEL: Aber Ihr Präsident Sam Nujoma hat von Nationalisierung gesprochen.

TJONGARERO: Ja, in besonders sturen Fällen könnten wir schon radikal werden.

SPIEGEL: Auf Ihren Plakaten verbrüdern Sie sich mit Palästinensern sowie den ultralinken Regierungen von Mosambik und Angola. Fürchten Sie nicht, daß Sie damit viele Menschen in Namibia schrecken und Ihrem Ansehen im Westen schaden?

TJONGARERO: Nein, ausgenommen die Menschen hier und der Westen wären überempfindlich. Wir solidarisieren uns mit den revolutionären Bewegungen der Welt im Kampf gegen ihre Unterdrücker.

SPIEGEL: Hier in Namibia wird Ihnen oftmals der Vorwurf gemacht, daß die SWAPO eine reine Organisation der Owambos sei.

TJONGARERO: Das ist Unsinn. Wir erhalten gewaltige Unterstützung auch aus dem Süden des Landes. unser Einfluß reicht von dort bis nach Caprivi im Norden. Natürlich haben wir als Owambo-Bewegung begonnen.

SPIEGEL: Haben Sie auch weiße Mitglieder?

TJONGARERO: Mehr Sympathisanten als Mitglieder. Erst in den letzten Jahren haben sich uns einige Weiße, vor allem deutschsprechende, angeschlossen.

SPIEGEL: Seit Amtsantritt des südafrikanischen Generalverwalters Marthinus Steyn wurden für die Schwarzen in Namibia ein paar Erleichterungen verordnet. Wie bewerten Sie diese?

TJONGARERO: Lächerlich, es sind bestenfalls oberflächliche Veränderungen, nur Rauchschwaden für das Ausland. Beispielsweise wurde im Norden, im Owamboland, die Notstandsbestimmurig Nummer 17 aufgehoben, dafür gilt jetzt Nummer 9 mit praktisch den gleichen Auswirkungen. Nur in Windhuk hat es eine gewisse Lockerung gegeben, weil dort zu viele Journalisten und ausländische Beobachter auftauchen. Aber sonst hat sich im Land nichts geändert.

SPIEGEL: Immerhin wurden doch die verhaßten Paßgesetze abgeschafft.

TJONGARERO: Na und? Dafür gibt es jetzt städtische Gesetze mit den gleichen Auswirkungen.

SPIEGEL: Sie wurden kürzlich unter mysteriösen Umständen im Owamboland festgenommen und haben dann Ihren Rücktritt als stellvertretender SWAPO-Vorsitzender erklärt. Warum?

TJONGARERO: Ich wurde unter psychischen Druck gesetzt. Bei brütender Hitze habe ich drei Tage lang in Einzelhaft in einer Hütte aus Zinkblech gegessen, dann habe ich handschriftlich die von Ihnen erwähnte Erklärung abgegeben.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 31/1978 – 31.07.1978

„Wir werden die Macht nicht teilen“

SPIEGEL-Interview mit SWAPO-Chef Sam Nujoma

SPIEGEL: Sie haben Mitte Juli in Luanda den westlichen Friedensvorschlägen für Namibia zugestimmt. Wie stellen Sie sich die nähere Zukunft der SWAPO vor?

NUJOMA: Wir werden den Kampf auf diplomatischer und politischer Ebene intensivieren.

SPIEGEL: Haben Sie denn nicht freiwillig zugestimmt? Wurden Sie von Ihren Freunden aus den Frontstaaten unter Druck gesetzt?

NUJOMA: Nun, wir haben natürlich lange debattiert. Es gab unterschiedliche Meinungen, besonders was den Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia anlangt.

SPIEGEL: Die Frage ist wohl inzwischen geklärt.

NUJOMA: Nein, wir verlangen, daß Südafrika alle seine Truppen bedingungslos aus Namibia abzieht. Der Westen muß dafür sorgen.

SPIEGEL: Im Vertrag von Luanda steht es anders.

NUJOMA: Alles ist eine Frage des Nehmens und Gebens.

SPIEGEL: Die Südafrikaner haben versprochen, sich zurückzuziehen.

NUJOMA: Ich glaube denen kein Wort. Die Südafrikaner haben überhaupt nichts versprochen.

SPIEGEL: Doch, sie haben zugesagt, alle ihre Truppen bis auf 1.500 Mann aus Namibia abzuziehen. Die 1.500 Soldaten sollen nach Erlangung der Unabhängigkeit abziehen.

NUJOMA: Ach was. Sie fühlen nur unsere Stärke, deshalb geben sie nach. Sie fürchten unsere Kugeln. Ohne unsere Opfer hätten wir keine Zugeständnisse von ihnen erwarten können. Aber sie meinen trotzdem nicht, was sie sagen.

SPIEGEL.: Wenn die Südafrikaner sich nun doch zurückziehen, werden Sie dann zur Turnhallen-Konferenz* stoßen?

NUJOMA: Die Turnhalle ist eine Kreatur Südafrikas. Die SWAPO hat nicht gekämpft, um Bestandteil des faschistischsten Regimes seit Hitler zu werden. Wollen Sie uns empfehlen, daran teilzunehmen?

SPIEGEL: Wir wollen nichts empfehlen, sondern nur wissen, ob die SWAPO bereit ist, sich freien Wahlen zu stellen.

NUJOMA: Die Südafrikaner wollen aus Namibia nur eines ihrer Bantustans machen. Aber dafür kämpfen wir nicht. Wir werden den bewaffneten Kampf verstärken und die Faschisten aus Namibia hinauswerfen, ihre schwarzen Marionetten eingeschlossen.

SPIEGEL: Sie wollen also weiterhin Krieg und keine Wahlen?

NUJOMA: Egal, Kampf oder friedliche Machtübernahme.

SPIEGEL: Machtübernahme durch die SWAPO?

NUJOMA: Ja, natürlich. Wir haben gekämpft. Uns steht die Macht zu. Und wir werden die Macht mit niemandem teilen.

SPIEGEL: Dann ist also das Abkommen von Luanda für Sie nichtig.

NUJOMA: Das ist Ihre Interpretation.

SPIEGEL: Wollen Sie Wahlen oder nicht?

NUJOMA: Sie interpretieren schon wieder.

SPIEGEL: Dann sagen Sie Ihre Interpretation.

NUJOMA: Wir werden mit der Waffe in der Hand bis zum endgültigen Sieg weiterkämpfen.

* In der Windhuker Turnhalle beraten seit drei Jahren gemäßigte Schwarzenführer und Weiße unter der Schirmherrschaft der Mandatsmacht Südafrika über die zukünftige Verfassung Namibias.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 36/1981 – 31.08.1981

ANGOLA

Gottlose Flut

Südafrika wollte im Süden Angolas Tatsachen schaffen – um das ehemals deutsche Südwestafrika weiterhin zu kontrollieren.

Als Roelof Botha, Außenminister der Apartheidsrepublik Südafrika, vorigen Mai von seinem ersten Treffen mit US-Außenminister Alexander Haig aus Washington nach Hause zurückkam, da verkündete er Reportern frohgemut, er kehre „mit guten Eindrücken“ heim.

Sein Gesprächspartner nämlich hatte spürbar mehr Verständnis für Pretoria gezeigt als die frühere Administration Jimmy Carters: Haig teilte die Ansicht der südafrikanischen Regierung, daß die größte Bedrohung „von der regionalen Präsenz und vom Einfluß der Sowjet-Union und ihrer Verbündeten ausgeht“, wie es in dem Memorandum stand, mit dem der Afrika-Referent des US-Außenministeriums, Chester Crocker, seinen Chef vor dem Treffen informiert hatte.

Die US-Haltung paßt den Burenpolitikern trefflich ins eigene Konzept, wollen sie doch wie ihre Vorväter „mit Bibel und Büchse“ ums Überleben kämpfen, als „Bollwerk gegen die gottlose, kommunistische Flut“ (Roelof Botha) auf dem Schwarzen Kontinent.

Vorige Woche wurden die Büchsen hervorgeholt. Es galt „Anarchisten, kommunistische Terroristen“ zu verfolgen, so Pieter Willem Botha, der Premier. In zwei Kolonnen, mit 32 Panzern und 82 Transportfahrzeugen, die aus der Luft unterstützt wurden, stießen Südafrikaner über die Nordgrenze Namibias bis nach Angola hinein. Entlang der Hauptstraße nach Nordwesten, so erzählten geflohene Zivilisten, richteten die Eindringlinge schwere Verwüstungen an.

Die angolanischen Ortschaften **Cahama**, 250 Kilometer nördlich der Grenze, und **Chibemba**, 400 Kilometer vom Grenzfluß Kunene entfernt, wurden bombardiert. Angola-Präsident Jose Eduardo dos Santos warnte in einem Hilferuf an die Vereinten Nationen vor einem „Krieg mit

unabsehbaren Konsequenzen“. Erst am Freitag zogen sich Pretorias Truppen auf ihre Positionen in Namibia zurück.

Die Regierungen in London und Bonn legten scharfen Protest bei Südafrikas Botschaftern ein, und Schwedens Außenminister Ola Ullsten sprach von einer „schockierenden Herausforderung der Völkergemeinschaft“. Doch Pretoria ließ erst einmal nichts verlauten.

Erst nach anderthalb Tagen, als der Einmarsch bereits weltweit Schlagzeilen gemacht hatte, brachen die Buren ihr Schweigen: „Wir haben die Nachbarländer hinlänglich gewarnt“, verkündete ihr Premier am Mittwoch lakonisch im Parlament in Kapstadt, „wenn sie anti-südafrikanische Elemente beherbergen, müssen sie mit Vergeltungsschlägen rechnen.“

„Alles wäre, wie in der Vergangenheit, ohne Zwischenfälle verlaufen“, erklärte jetzt der südafrikanische Regierungschef, „wenn sich die MPLA (die Staatspartei Angolas) nicht eingemischt hätte.“

So kam es zu schweren Gefechten zwischen Regierungstruppen und Angreifern, bei denen auch mindestens acht südafrikanische Soldaten starben. Da die Angolaner einen Vorstoß bis Lubango, eine der wichtigsten Städte des Südens, fürchteten, gingen dort Kubaner in Stellung.

Nach südafrikanischen Berichten wurde dort erst kürzlich mit Ostblockhilfe ein modernes Flugabwehr- und Raketensystem aufgebaut. Derzeit stehen nach südafrikanischen Angaben 30.000, nach westlichen Schätzungen 15.000 bis 20.000 Soldaten aus Kuba sowie 2.000 ostdeutsche Militärberater in der einstmals portugiesischen Kolonie.

Südafrikanische Soldaten rücken seit Jahren zu „Strafexpeditionen“ in Nachbarländer aus: In den Vororten der mosambikischen Hauptstadt Maputo zum Beispiel zerbombten sie Häuser der südafrikanischen Nationalistenbewegung ANC (African National Congress), in Angola aber fielen sie bereits mehrmals ein, um Stützpunkte der südwestafrikanischen Volksbewegung SWAPO dem Erdboden gleichzumachen.

Ähnlich wie die Israelis im Libanon, glauben sich die meisten Südafrikaner völlig im Recht, wenn sie grenzüberschreitende Verfolgungs-Operationen ausführen. „Wie können wir gegen einen Feind kämpfen, der immer dann über eine internationale Grenze verschwindet, wenn es brenzlich wird“, rechtfertigen die südafrikanischen Offiziere im Norden Namibias die Grenzverletzungen.

Tatsächlich unterhält die marxistische Befreiungsbewegung SWAPO, von der UNO als einzige Vertretung der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika (Namibia) anerkannt, im Süden Angolas mehrere große, von Ostblockstaaten ausgerüstete Nachschublager, in denen auch Flüchtlinge aus Namibia untergebracht werden. Die Guerilleros schlüpfen praktisch ungehindert über die insgesamt etwa 1.600 Kilometer lange Grenze, um dort dann gegen „die illegale Besatzungsmacht“ Südafrika (so die UNO-Sprachregelung) zu kämpfen.

Die Regierung in Pretoria beharrt darauf, daß sie über Südwestafrika ein Mandat habe, das ihr zwar von den Siegermächten nach dem Ersten Weltkrieg zugesprochen, hernach jedoch in jahrzehntelangem Tauziehen vom Internationalen Gerichtshof und der Uno aberkannt wurde.

In den letzten Jahren haben die Untergrundkämpfer der SWAPO immer häufiger Sabotageakte und Überfälle auf einsame weiße Farmen verübt. Der südafrikanische Militärapparat in Namibia ist auf schätzungsweise 50.000 Mann angeschwollen; vor zwei Wochen erst wurde Südafrikas Wehretat um 30 Prozent auf etwa sechseinhalb Milliarden Mark aufgestockt.

Auch der jüngste Einmarsch in Angola sollte der südafrikanischen Bevölkerung als großangelegter „Hot Pursuit“-Schlag verkauft werden. „Die so genannte Invasion“, versuchte Premier Botha im Parlament die beunruhigte Öffentlichkeit zu beschwichtigen, „ist einfach eine unserer Säuberungsaktionen.“

Doch so einfach wollten die aufgebrauchten Oppositionsparteien diese Version nicht akzeptieren. Denn schon einmal, vor sechs Jahren, hatte Botha, damals Verteidigungsminister, dem

Hohen Haus versichert, daß „kein einziger Soldat aus Südafrika auf angolanischem Territorium“ stehe.

Zum gleichen Zeitpunkt aber wurde im Ausland ausführlich über die südafrikanische Einmischung in den angolanischen Bürgerkrieg berichtet. „Blonde, blauäugige Hünen“, so damals die ersten Meldungen, marschierten 1975 bis kurz vor die Hauptstadt Luanda, weil Pretoria hoffte, die Kämpfe zwischen den drei rivalisierenden angolanischen Nationalistenbewegungen zugunsten von Unita und FNLA, gegen die schließlich siegreiche MPLA, entscheiden zu können.

Das Unternehmen mißlang, weil die USA, die unter Kissinger zum Eingreifen ermuntert hatten, dann aber einen Rückzieher machten, wie die Südafrikaner sich rechtfertigten. Soldaten berichteten allerdings auch, daß die Südafrikaner in den mittlerweile nach Afrika geholten Kubanern erstmals auf einen ernst zu nehmenden Gegner stießen.

Nach dem hastigen Rückzug der Südafrikaner wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwar fortgesetzt, gelegentlich kam es auch zu Geheimkontakten in der Namibia-Frage. Doch die MPLA-Regierung der neuen Volksrepublik Angola verübelte dem weißen Minderheitsregime die Einmischung im Bürgerkrieg und – wie alle schwarzafrikanischen Staaten – die Politik der Rassentrennung.

Pretoria wiederum schmähte die MPLA als moskauhörig und beschimpfte „diese Atheisten und Marxisten“ (so Roelof Botha). Nach wie vor unterstützt Südafrika die Guerilla-Organisation Unita im Süden der Volksrepublik, mit deren Angriffen, etwa auf die für den Kupfer- und Erztransport wichtige Benguela-Eisenbahn, Angola weiterhin die Präsenz der kubanischen Soldaten rechtfertigt.

Nun haben die südafrikanischen Militärstrategen ein Konzept ersonnen, das sowohl einen SWAPO-Sieg in Namibia verhindern als auch die MPLA in den Ruin stürzen soll: Mit Hilfe der Unita soll im Süden ein feindfreies Niemandsland geschaffen werden, eine Pufferzone „etwa 50 bis 100 Kilometer breit entlang der Grenze“, berichteten südafrikanische Offiziere im Kampfgebiet dem SPIEGEL.

Angola-Chef Santos befürchtete daher in seinem UNO-Protest, daß die Südafrikaner Teile seines Landes besetzen wollten. Unter Berufung auf Artikel 51 der UNO-Charta kündigte er an, in diesem Fall noch mehr ausländische Hilfe ins Land zu holen – eine Eskalation, wie sie die westlichen Staaten, die seit Jahren im Namibia-Konflikt zu vermitteln suchten (USA, Frankreich, England, Kanada, Bundesrepublik Deutschland), gerade verhindern wollten.

„Südafrikas unabdingbare Forderung ist: keine Moskau-Flagge in Windhuk“, berichtete der amerikanische Afrika-Referent Crocker nach seinem Besuch in Pretoria im April. Außenminister Botha hatte dem Amerikaner klargemacht: „Wenn Sie behaupten wollen, daß die SWAPO nicht marxistisch und kremlhörig ist, dann machen Sie denselben Fehler wie die Regierung vor Ihnen.“

Seit Reagans Amtsantritt hagelte es Freundlichkeiten für den Apartheidsstaat. Das Verhältnis zwischen den USA und Südafrika, so schrieb Crocker in einem der „New York Times“ zugepielten Grundsatzpapier, sei „an einem Scheideweg von vielleicht historischer Bedeutung“ angelangt.

In der UNO, die sich einen erheblichen Teil des Jahres mit Südafrika beschäftigt, blockierte die neue US-Regierung den Boykottantrag von Drittweltstaaten durch ein Veto im Sicherheitsrat. Reagan selbst lobte „die befreundete Nation“: „Können wir ein Land im Stich lassen, das in jedem Krieg ... an unserer Seite gestanden hat, ein Land, das strategisch notwendig ist für die freie Welt, mit seiner Bergbauproduktion, die wir alle brauchen?“

Die Reagan-Regierung bestand darauf, daß der neueste Einfall Südafrikas in Angola „im größeren Zusammenhang mit den sowjetischen Waffenlieferungen an die SWAPO gesehen werden müsse. „Mit solchen Aktionen“, befürchtet ein Bonner Diplomat in Pretoria, „werden die

Angolaner erst recht in die Arme des Ostblocks getrieben, nachdem sie in den vergangenen Monaten versucht hatten, sich vorsichtig zu lösen.“

Mitte August erst fand eine Gruppe amerikanischer Kongreßabgeordneter bei einem Angola-Besuch besonders freundliche Aufnahme. Staatschef Santos empfing die Kapitalisten zu einem einstündigen Gespräch.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 01/1984 – 02.01.1984

SÜDAFRIKA

Unter den Rockschoßen

Pretorias Truppen greifen Angola an. Die Militärs bestimmen zunehmend die Außenpolitik des Apartheidsregimes.

General Constand Viljoen ist, so sagt er, „ein wenig besorgt“: Angolanische Regierungstruppen hätten seine Männer „in einen Hinterhalt“ gelockt und „ohne Grund“ fünf Soldaten erschossen, berichtete der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte vorige Woche in Pretoria. Was der Offizier nicht erwähnte – seine Soldaten marschierten zur Zeit des Überfalls in einem unerklärten Krieg auf fremdem Territorium.

Wenige Tage vor Weihnachten hatte die illegal in Namibia waltende Besatzungsmacht Südafrika ihre Truppen – wieder einmal – gen Norden in die Volksrepublik Angola geschickt.

Aus der Luft unterstützt, stießen drei motorisierte Brigaden und vier Artilleriegruppen mehrere hundert Kilometer weit in das Nachbarland vor; unter der Zivilbevölkerung, so Augenzeugen, brach „Terror und Panik“ aus. Die angolanische Regierung beklagte Bombenangriffe auf „wirtschaftliche Ziele, Schulen und Dörfer“. Auch BBC meldete Massaker aus dem Süden Angolas.

General Viljoen hingegen sprach von einer „begrenzten Aktion“ gegen die militante namibische Befreiungsbewegung SWAPO, die in Angola Gastrecht genießt. Mindestens 1.400 SWAPO-Kämpfer hätten Marschbefehl nach Süden erhalten, um in den nördlichen Farmgebieten der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika einen Terrorkrieg zu führen. Die Regenzeit um die Jahreswende begünstige die Guerilla. „Wir sind bereit“, drohte Viljoen jetzt.

Unerwartet dagegen kam für die Südafrikaner bei ihrem Überfall der entschlossene Widerstand Angolas, das sich bei früheren Übergriffen kaum gewehrt hatte. Nun verstieg sich Viljoen zu der Forderung: „... wir erwarten, daß sie unseren Kampf gegen die SWAPO respektieren“, auf Angolas Territorium, wohlgemerkt.

Die Angolaner werden von 25.000 Kubanern unterstützt (US-Schätzung) und hauptsächlich von der Sowjet-Union bewaffnet. Die Soldaten von der Zuckerinsel hatten unlängst geholfen, ein modernes Flugabwehrsystem einzurichten. Die bislang immer überlegene südafrikanische Luftwaffe kam jetzt erstmals unter Beschuß von Sam-8-Raketen.

Auch zukünftig will Südafrika seine Rolle als Supermacht im Süden ausspielen. „Wir schlagen alle zusammen“, lautet die stehende Drohung des Verteidigungsministers Magnus Malan an schwarze Nachbarländer, „die unsere Feinde unter ihren Rockschoßen dulden.“ Der Feind ist die SWAPO, die nach Meinung unabhängiger Kenner noch immer – trotz massiver südafrikanischer Propaganda – die besten Chancen hätte, bei freien Wahlen in Namibia an die Macht zu kommen.

Feind ist aber auch der African National Congress (ANC) von Südafrika, der zunehmend gewalttätig gegen das Apartheidsregime kämpft. Für Bombenattentate bestrafen die weißen Machthaber umgehend Lesotho oder Mosambik, die den ANC beherbergen.

Südafrika beruft sich dabei, wie Israel, auf das seltsame „Recht grenzüberschreitender Vergeltungsakte“. Daß es dabei nicht bleibt, beweist das Beispiel Angola: Seit Jahren überwacht Südafrika einen rund 200 Kilometer breiten Landstreifen in Südafrika. Tatkräftig wird außerdem die innerangolanische Rebellengruppe Unita unterstützt, die ebenfalls im Süden und Osten erfolgreich gegen die Alleinherrschaft der MPLA-Regierung in Luanda kämpft.

Nur scheinbar stehen sporadische, versöhnliche Gesten der weißen Außenpolitiker im Widerspruch zum aggressiven Großmachtgebaren der Militärs. So fanden mindestens zwei Treffen auf Ministerebene mit Angola auf den Kapverdischen Inseln statt. Indes: „Hinter unserem Rücken haben wir den dicken Stock“, erzählt ein Beamter des Außenamts von Pretoria dem SPIEGEL.

Längst ist es üblich, daß zu den Schwarz-Weiß-Gesprächen neben dem Außen- auch der Verteidigungsminister und der Chef der paramilitärischen Polizei aus Pretoria anreisen.

Der Stilwechsel wird vom südafrikanischen Regierungschef verkörpert: Pieter Botha, seit fünf Jahren im Amt, hatte 14 Jahre lang das Verteidigungsministerium geführt. Sein Oberbefehlshaber, der öffentlichkeitsscheue General Malan, löste ihn im Militärressort ab und herrscht heute als graue Eminenz im trutzigen Regierungssitz in Pretoria.

„Das Militär hat die Politik fest im Griff“, meldete Johannesburgs „Star“ unlängst über die schleichende Machtergreifung der Uniformierten. „Die Auswirkungen der formalen, militärischen Beteiligung (an der Regierung im 'Staatsratsrat') zeigen sich ... besonders in der Außenpolitik“, dozierte der politische Wissenschaftler Deon Geldenhuys von der „Randse Afrikaanse Universiteit“.

Außenminister Roelof Botha geht schon mit der neuen Zeit: Neuerdings trägt er gern die Galauniform eines Obersten der Luftwaffe.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 06/1984 – 06.02.1984

NAMIBIA

Großer Gewinn

Südafrika will aus Angola Truppen zurückziehen, die dort die Unabhängigkeitsbewegung SWAPO bekämpfen. In Namibia, der ehemaligen deutschen Kolonie, geht der Krieg weiter.

Pater Hartmann, 79, aus Dresden sieht und hört schlecht, doch sein Gedächtnis, sagt er, arbeitet „wie eine dieser modernen Uhren – tick, tick, tick“. Er erinnert sich genau an seine Ankunft am Okavango-Fluß vor 55 Jahren, „als den halbnackten Eingeborenen noch die Haare in aus Lehm und Tierfett gedrehten Bündeln und Zöpfen vom Kopf hingen“.

„Das Volk“ sei damals dankbar vor den mit Bibeln und Büchse angereisten Fremden in die Knie gegangen. Denn die Missionare hätten der grausamen Herrschaft der Häuptlinge ein Ende bereitet. Häuptling Mbamba II. habe zum Beispiel noch Anfang der 30er Jahre Sklaven an Portugiesen und Araber verkauft. „Tupanduremu carunga biovio ratutumine virumbu“, so der Pater, soll damals die gängige Redewendung am Okavango gewesen sein – „Wir danken Gott, daß er die Weißen geschickt hat.“

„Das hat sich geändert“, sagt Hartmann, dessen Missionsstation Sambiu wie eine Oase im sandigen Flußbett des Okavango liegt. Die „Langnasen“, wie die Schwarzen die Weißen spöttisch nennen, hätten selbst schuld daran. Denn es kämen nicht mehr nur „Murutis“ (Patres), die den Leuten am Okavango den Heidenglauben austreiben wollen.

Statt Seelsorgern dringen weiße Soldaten in das Land vor, seitdem die südafrikanische Regierung in Pretoria vor zwei Jahren den nordöstlichen Grenzbereich Namibias zur „Operationszone“ erklärt hat: Mit einer Streitmacht von 25.000 Mann und geschätzten jährlichen Kosten von mehr als zwei Milliarden Mark bekämpft das Regime in Pretoria Guerrilleros der Südwestafrikanischen Volksbewegung SWAPO.

Die Südafrikaner versuchen, den Entkolonialisierungsprozeß in der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika aufzuhalten: In einem unabhängigen Namibia wollen sie nur ein Regime an die Macht lassen, das dem Apartheidstaat freundlich gesonnen ist. Die SWAPO aber ist als Werkzeug Chinas und Rußlands abgestempelt und wird gnadenlos bekämpft – in Namibia und im nördlichen Nachbarland Angola, das den Guerrilleros Zuflucht und Unterstützung gewährt.

Der Krieg jenseits der Namibia-Grenze galt in Südafrika weitgehend als Tabu. Deshalb war das Land überrascht, als Premier Botha am vorigen Dienstag dem Parlament ein „Disengagement“ und „letztendlich einen Waffenstillstand“ seiner Truppen in Angola ankündigte. Offiziell hatte Südafrika nie zugegeben, daß seine Soldaten seit über zwei Jahren einen 200 Kilometer breiten Streifen im Süden Angolas besetzt hielten.

Die Vereinigten Staaten, die zwischen Südafrika und Angola vermittelt hatten, feierten die Waffenruhe als Schritt in Richtung auf eine Namibia-Lösung. In Südafrika aber glauben die meisten nur an eine befristete Entspannung. Und in Namibia geht der Kampf gegen die SWAPO ohnehin weiter.

Militärisch haben die Südafrikaner Erfolg. Einheiten der SWAPO-Kämpfer werden zumeist gestellt und aufgerieben. „Doch was nützt es“, sinniert ein weißer Priester, „wenn man auf dem Schlachtfeld siegt und dabei die Herzen der Menschen verliert.“ Die deutschen Patres am Okavango hören immer wieder von Übergriffen der Truppen, die sich wie Besatzer benähmen.

So schicken die Südafrikaner SWAPO-Überläufer in die armen Kraldörfer. Dort suchen die Deserteure mit vorgehaltener Waffe nach Nahrung. Stunden später kommt dann wie zufällig eine Militärpatrouille vorbei und fragt, ob „Terries“ (Terroristen) in der Gegend waren. Ist der Dorfvorsteher geständig, kommt er mit einer Tracht Prügel davon, lügt er dagegen, so veranstalten herbeigerufene Truppen ein „Partytjie“ (Festchen) und brennen das Dorf nieder.

Kein Wunder, daß sich Menschen oft in Todesangst in die Büsche schlagen, wenn sich auf den unbefestigten Okavango-Straßen die olivfarbenen Militärfahrzeuge mit langer Staubfahne nähern. Die Missionsstation Nyangana der Weißen Väter lehnte vom Militär angebotene Hilfe ab, obwohl ihre kleine Schule mit 300 Kindern hoffnungslos überfüllt ist und das 129-Betten-Hospital über 200 Patienten aufnimmt. Ein Weißer Vater erklärt, weshalb eine Zusammenarbeit mit den Soldaten nicht in Frage komme: „Dann könnten wir hier einpacken.“

Im Okavango-Gebiet hatten viele Einheimische die Armee zunächst freundlich begrüßt. Sie erhofften von den Soldaten Schutz vor den weiter westlich wohnenden Ovambo-Stämmen, die fast die Hälfte der Bevölkerung Namibias stellen. Südafrikas Militärführung hatte zudem erkannt, daß sich der Guerillakrieg in Namibia nur mit Unterstützung der Bevölkerung gewinnen läßt. In Kantinen und Unterkünften der Soldaten mahnen Psycho-Losungen „Laßt uns das Vertrauen der Einheimischen gewinnen“; Handzettel belehrten die Truppe „Schwarze sind keine Affen – gebt ihnen die Hand“.

Doch die jungen Soldaten aus der Republik Südafrika sind die Produkte ihrer Apartheiderziehung. „Die einzige Sprache, die sie hier verstehen, ist Prügel“, behauptet ein weißer Soldat in der Garnisonstadt Rundu. Schwarze sind für seinesgleichen Feinde und Freunde.

Ihr Rassendünkel hindert die Weißen aber nicht, schwarze Hilfstruppen zu rekrutieren. Besonders gefürchtet sind die Mitglieder der Einheit „Koevoet“ (Brechstange), einer paramilitärischen Polizeitruppe, die von weißen Freiwilligen-Offizieren geführt wird.

Seit der Kampf gegen die SWAPO das Okavango-Gebiet zur Kriegszone machte, suchen Armut und Zerfall den einst gesegneten Landstrich heim. Die Felder veröden, viele Männer und Frauen greifen zur Flasche. An der Schotterstraße, die vom Caprivizipfel im Osten entlang der Flußgrenze nach Rundu führt, florieren etliche „Cucca-Shops“, Kramläden mit Alkoholausschank.

Früher hatte der fischreiche Okavango die Menschen ernährt. „Der Fluß war Lebensader und nicht Grenze“ (zwischen Namibia und Angola), erklärt Pater Hartmann. Doch als die Soldaten kamen, zerstörten sie die Boote der Okavangos, die an beiden Ufern wohnen. Die Weißen untersagten den Menschen in Namibia die Kontakte mit den Stammesbrüdern auf der Angola-Seite. Sie kappten das Drahtseil der Treidelfähre in Rundu und zäunten die Anlegestelle meterhoch ein.

Weil die Landwirtschaft zerfällt, melden sich junge Männer bei der Armee. Denn die lockt mit einer fürstlichen Bezahlung. Mit Zulagen erhält schon ein einfacher Soldat um die 1.200 Mark. Ein Lehrer verdient dagegen nur knapp 700 Mark, ein Handlanger etwa 120 Mark im Monat.

Ganz großen Gewinn aber bringt Südafrikas Namibia-Krieg einigen weißen Top-Militärs: Beinahe täglich rollen schwer mit Holzstämmen beladene Lastwagen aus dem Caprivizipfel, jenem Streifen im äußersten Nordosten der ehemals Kaiser-deutschen Kolonie, den Reichskanzler Graf Caprivi 1890 zusammen mit Helgoland gegen die Insel Sansibar von den Briten eintauschte.

Die Fern-Fracht ist kostbar, denn es handelt sich um edles Dolf-Holz. Ein Stamm von einem halben Meter Durchmesser ist mindestens 180 Jahre alt. Im Caprivizipfel aber gibt es so edle Ware schon lange nicht mehr. Der „Windhoek Observer“ schreibt, was alle in der Gegend munkeln: Das Holz stamme aus den noch immer dichten Wäldern im Süden Angolas. Wo das Holz verarbeitet wird, wer es aufkauft, das allerdings sind „Rätsel, unergründlicher als die Namib-Wüste“ („Windhoek Observer“).

Namibias Nordostecke birgt weitere schlecht gehütete Geheimnisse: Kurz hinter Andara, der Missionsstation am Eingang zum Caprivizipfel, kontrollieren Militärs die einzige Brücke nach Osten. Die Zufahrt ist Unbefugten verboten. Denn von dem strategisch wichtigen Ländereck aus starten die Südafrikaner Expeditionen nach Botswana, Sambia, Simbabwe und Angola. Dabei setzen sie zuweilen ein sagenumwobenes Buschmann-Bataillon ein, das angeblich selbst die Kubaner in Angola das Fürchten gelehrt haben soll.

Neben den braunen Buschmännern leben im Caprivizipfel auch jene weißen Abenteurer in Uniform, die hin und wieder zur Freude des Besitzers ins einzige Hotel von Rundu kommen. Sie gehören zum 32. Bataillon, kurz „Three Two“ genannt. Die meist bärtigen Soldaten wollen nicht Söldner genannt werden, weil sie regulären südafrikanischen Wehrsold beziehen. Der ist aufzubessern: Bei „Ausflügen“, Operationen tief nach Angola hinein, „findet sich so manches, was sonst nur herumliegen würde“, gesteht ein junger britischer Leutnant, der früher bei der Einsatztruppe „Special Air Services“ in Nordirland gedient hat.

In der jüngsten Ausgabe der Söldner-Zeitschrift „Soldiers of Fortune“ schildert ein amerikanischer Ex-Vietnam-Kämpfer, der Obergefreite Kenneth J. Gaudet, wie er „als Mitglied der südafrikanischen Streitkräfte“ an einer Kommandoaktion 150 Kilometer tief in Angola teilgenommen habe.

Weißer Kriegshandwerker vom Schlage Gaudets sind am Okavango zunehmend gefragt. Alpater Hartmann aber ahnt schon das Ende seiner Mission: „Unsere Dienste werden wohl nicht mehr lange gebraucht werden.“

NAMIBIA

Immer Dumme

Südafrika bescherte Namibia, der deutschen Ex-Kolonie Südwest, eine Marionettenregierung.

„Impalas“ der südafrikanischen Luftwaffe düsten über Windhuk. Durch die Kaiserstraße der Namibia-Hauptstadt marschierte Militär. Im Stadion gab es kostenlos Würstchen und Limonade. Das lockte immerhin 20.000 Menschen zu den Feierlichkeiten für die Unabhängigkeit. Südafrika versuchte am vergangenen Montag, sein umstrittenes Mandatsgebiet Namibia, einst Deutsch-Südwest, im Alleingang loszuwerden – und gleichzeitig an sich zu binden.

Das riesige Wüstenland, gut dreimal so groß wie die Bundesrepublik, wird seit dem Ersten Weltkrieg – und seit 20 Jahren trotz internationaler Proteste – von Südafrika verwaltet.

1978 bereits hatte die UNO (Resolution 435) einen Unabhängigkeitsfahrplan verabschiedet, den jedoch US-Präsident Reagan außer Kraft setzte – solange die rund 30.000 kubanischen Leihsoldaten im nördlichen Nachbarland Angola ständen.

Eine Fünf-Staaten-Gruppe – USA, Kanada, England, Frankreich und die Bundesrepublik – hatte im UNO-Auftrag Südafrika die Freiheit für Namibia abhandeln wollen. Doch inzwischen zog sich Frankreich zurück, Kanada, Großbritannien und die Bundesrepublik stellten ihre Bemühungen weitgehend ein. Sie resignierten gegenüber dem burischen Trickreichtum und der „Entschlossenheit, diese Sache so oder so zu lösen“, wie Südafrikas Präsident Pieter Willem Botha sagte.

Jetzt kam es so: Namibia erhielt von Pretoria ein achtköpfiges Kabinett verordnet, „Selbstwahl-Minister“ laut dem Windhuker Deutschen-Blatt „Namibia-Nachrichten“, dazu acht Stellvertreter sowie eine Nationalversammlung mit 62 Mitgliedern – alles ohne Wahlen. Innerhalb von 18 Monaten soll die Übergangsregierung „ein politisches und konstitutionelles System für das Volk als Ganzes“ erarbeiten, so die eigene Vorgabe für eine „international anerkannte Unabhängigkeit“.

Der Wunsch kann nicht in Erfüllung gehen. Denn die stärkste politische Gruppierung Namibias, die militante linke Befreiungsbewegung SWAPO (South West Africa People's Organisation), nimmt nicht teil. „Nach demokratischen Regeln, die Südafrika angeblich einhalten will, haben wir kein Wählermandat, um uns mit den Marionetten an einen Regierungstisch zu setzen“, argumentierte der deutschstämmige SWAPO-Mann Anton Lubowski aus Windhuk. Der junge Anwalt ist der einzige von rund 100.000 weißen Namibiern (davon rund ein Drittel deutschstämmig), der sich offen zu seiner SWAPO-Mitgliedschaft bekennt.

Tatsächlich sind die neuen Machthaber in Windhuk durchweg altbekannte Handlanger der Regierung in Pretoria. Stärkste Fraktion ist die Demokratische Turnhallenallianz, die schon Anfang der 80er Jahre versuchte, Namibia nach den Wünschen Südafrikas zu regieren. Nach zweieinhalb Jahren scheiterte damals der Versuch.

Im November 1983 schlossen sich sieben verschiedene politische Gruppen Namibias – ohne SWAPO – zu einer „Vielparteienkonferenz“ zusammen, die jetzt die Übergangsregierung bildet. Nach Schätzungen vertreten sie höchstens 20 Prozent der 1,1 Millionen Einwohner Namibias.

Die auch nach Hautfarben bunte Regierungsmannschaft, die sich nur in gepanzerten Staatslimousinen und mit Leibwächtern unter die Öffentlichkeit wagt, ist lediglich verbunden durch

die Bedingung Südafrikas, es dürfe „keine rote Flagge über Windhuk“ wehen – die angeblich die SWAPO hissen will.

Zur SWAPO bekennen sich vor allem die Angehörigen der Ovambo-Stammesgruppe, zu der mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Namibias gehören. Doch im Kabinett sind sie lediglich durch Andreas Shipanga vertreten. Er ist Führer von „SWAPO-D“, einer nach eigener Einschätzung demokratischen, nach Anhängerzahl aber unbedeutenden SWAPO-Splittergruppe. Unter seinen SWAPO-treuen Landsleuten gilt Shipanga als Verräter, nachdem er im Exil abtrünnig wurde.

Zum Fiasko geriet auch die Entscheidung des Kabinetts über die Wahl eines Vorsitzenden. Mühselig einigte man sich auf ein Rotationsprinzip. Erster Kabinettschef wurde – weil er im Alphabet vorne steht – der farbige Lehrer David Bezuidenhout von der weithin unbekanntenen „Arbeiterpartei“. In seiner Antrittsrede lud er „unsere Brüder“ von der SWAPO ein, sich an dem Start in „eine gemeinsame Zukunft“ zu beteiligen. SWAPO-Chef Sam Nujoma jedoch kündigte in New York „eine Verschärfung des diplomatischen, politischen und bewaffneten Kampfes gegen die Besatzungsmacht Südafrika und deren Handlanger“ an.

Schon jetzt hat die Apartheidsmacht mit ihren rund 30.000 Soldaten in Namibia alle Mühe, den Krieg mit der SWAPO auf die nördlichen Landesteile zu begrenzen. Vorsorglich behielt Südafrika die Verantwortung für Verteidigung und Außenpolitik. Auch zukünftig wird wie bisher ein Generaladministrator die Regierenden in Windhuk beaufsichtigen.

„Aufgeregt wie Eltern, die ihren Kindern zum ersten Mal auf dem Rugbyplatz zuschauen“ (so der „Star“ in Johannesburg), verfolgte Pretoria letzte Woche die Gehversuche der Zöglinge in Windhuk. Besucher aus der Bundesrepublik – Abgeordnete von CDU, CSU und FDP sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, SPD-Mitglied Wolfgang Zeidler – mochten der großzügigen Einladung mit Damen und Freiflug Erster Klasse nicht widerstehen.

Für den SWAPO-Mann Lubowski war die Sache klar: „Da finden sich immer Dumme, die bereit sind, sich an die Marionettenschnüre Südafrikas hängen zu lassen.“

Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin (VIP)

Publikationen und Vorträge von Mitgliedern des Verbandes (19.04.2008)

Schleicher, Dr. Hans-Georg:

Cuito Cuanavale – „Afrikas Stalingrad“

„Ein Sieg über Pretorias Apartheid“

In Havanna, im südöstlichen Angola, in Namibia und in Südafrika wurde dieser Tage der Schlacht von **Cuito Cuanavale** vor 20 Jahren gedacht. Fidel Castro hatte 1988 erklärt, Afrikas Geschichte werde nach Cuito Cuanavale neu geschrieben. Und Nelson Mandela sprach von einem Meilenstein zur Befreiung des südlichen Afrika. Der kleine Ort am Zusammenfluss der Flüsse Cuito und Cuanavale sah 1987/88 die größte Schlacht in Afrika seit 1943. Tausende angolanscher, südafrikanischer, kubanischer und namibischer Soldaten standen sich mit modernem Kriegsgerät gegenüber – Panzer, Raketenwerfer, Haubitzen, Jagdbomber und Kampfhubschrauber. Ausgedehnte Minenfelder durchzogen das sandige Buschland.

Bereits 1975 hatten Südafrikas Streitkräfte SADF massiv in Angola interveniert und damit die »**Operation Carlota**«, die Entsendung kubanischer Truppen nach Angola, provoziert. Ab 1981 drang Südafrikas Militär wiederholt tief in den Süden Angolas ein. Die Verteidigungslinie der angolanschen Streitkräfte FAPLA verlief etwa 200 Kilometer nördlich der Grenze.

Mitte 1987 attackierte FAPLA die von Südafrika unterstützte Rebellenbewegung UNITA bei Mavinga. Nach schweren Verlusten der UNITA griff die SADF im Oktober ein und fügte der FAPLA am Lomba-Fluss eine schwere Niederlage zu, deren Verbände sich nun auf Cuito Cuanavale zurückzogen.

Der folgende Vormarsch von 10.000 Mann der SADF und der UNITA auf **Cuito Cuanavale** spitzte die Situation dramatisch zu. Die FAPLA-Verteidigungslinie sollte hier aufgebrochen und mit der Einnahme des kleinen, aber strategisch wichtigen Ortes mit seinem Flughafen die Lage zugunsten der UNITA verändert werden. Ein kleines kubanisches Kontingent eilte zur Verstärkung dorthin. Es folgten sechs Monate eines in der Region noch nicht gekannten Stellungskrieges.

Cuito Cuanavale lag unter schwerstem Beschuss. Beobachter erwarteten jederzeit den Fall der Stadt; die UNITA hatte diesen bereits voreilig gemeldet. Doch Kubaner und FAPLA, unterstützt von PLAN-Kämpfern der SWAPO, hielten die Position. Während die »Operation Hooper« der SADF auf Cuito Cuanavale fixiert war, wo sie **Ende März 1988** »definitiv und völlig zum Stillstand gebracht wurde«, so SADF-Oberst Jan Breytenbach, rückten FAPLA, zahlenmäßig verstärkte Kubaner und PLAN im Westen südwärts vor und befreiten die angolanschen Provinzen Cunene und Mocamedes. **Ende Mai** standen sie 60 Kilometer vor der namibischen Grenze. Die SADF drohte bei Cuito Cuanavale abgeschnitten zu werden. Ein kurzfristig geschaffenes **kubanisches Luftsicherungssystem** mit Radar, Luftabwehrraketen und den südafrikanischen Mirage überlegenen MiG-23 führte erstmals in der Region zum Verlust der südafrikanischen Lufthoheit. Neue Militärflugplätze bei Cahama und Xangongo bedrohten Südafrikas Stützpunkte in Nordnamibia. Als Reaktion auf einen Artillerieangriff Südafrikas bombardierten kubanische MiGs im Juli SADF-Stellungen am Calueque-Staudamm an der Grenze. Die Kämpfe flauten ab, die SADF begann den Rückzug über die Grenze, Ende August verließ ihr letzter Soldat Angola.

SADF-Militärs reklamierten mit Verweis auf hohe Verluste ihrer Gegner den Sieg bei Cuito Cuanavale für sich. Es sei nie die Absicht gewesen, den Ort selbst zu erobern. Die Militäraktionen sprechen eine andere Sprache. Mit seiner These erntete Südafrikas ehemaliger Generalstabschef Jannie Geldenhuys auf einer Namibia-Konferenz 1992 in Freiburg erhebliche Zweifel und wurde u. a. auf die mit Cuito Cuanavale deutlich veränderte militärische Lage verwiesen. US-Unterstaatssekretär Chester Crocker kommentierte Cuito Cuanavale: »Sie (SADF) zogen sich zurück, als sie merkten, der Preis war zu hoch.«

Den Ernst der Lage hatte Anfang Juni 1988 die Einberufung von 140.000 Mann Reserve in Südafrika gezeigt. Pretoria war militärisch an seine Grenzen gestoßen. Hohe Kosten des Krieges und die Verluste unter weißen Soldaten wurden innenpolitisch zum Problem. Afrikas Frontstaaten und Befreiungsbewegungen feierten Cuito Cuanavale als Sieg – man sprach vom »afrikanischen Stalingrad«. Jetzt, zum 20. Jahrestag der Schlacht, hat Südafrikas Sicherheitsminister Ronnie Kasrils den militärischen Sieg der Kubaner und ihrer Verbündeten bekräftigt.

Wird Cuito Cuanavale militärisch auch kontrovers diskutiert, so sind die politischen Implikationen weitgehend unumstritten. Nach zehn Jahren Blockade durch Südafrika und die USA kam der namibische Unabhängigkeitsprozess wieder in Gang, am Verhandlungstisch saßen nun auch die Kubaner. Ergebnisse waren der Abzug der SADF aus Namibia und der Kubaner aus Angola sowie Namibias Unabhängigkeit. Neben der politischen Großwetterlage hatte daran die militärische Entwicklung in der Region entscheidenden Anteil. Am Ende stand die Überwindung der Apartheid in Südafrika.

Cuito Cuanavale ermöglichte es Kuba, seine Truppenpräsenz in Angola mit Erfolg zu beenden. Es war die größte militärische Einzeloperation seines internationalistischen Engagements in Afrika. Künftig soll eine Gedenkstätte in Cuito Cuanavale daran erinnern.

Auch in Südafrikas Hauptstadt gedenkt man heute, im neu gestalteten Freiheitspark, der Opfer des Befreiungskampfes, darunter der 2.070 Kubaner, die 1975 bis 1988 in Angola gefallen sind.

in: „Neues Deutschland“ vom 19./20.04.2008

DIE ZEIT Nr. 17 – 22.04.1988

Die Schlacht am Ende der Welt

In Angola kann keiner gewinnen: Die Kubaner sprechen vom Rückzug, doch Südafrika schweigt

Michael Stührenberg

...wohneheit bestätigte die Regierung in Havanna den Einsatz ihrer Truppen in Südangola. 39 tote und verwundete Internationalisten — das war Kubas Preis für die Rettung des Dorfes am Ende der Welt. Die bislang letzte südafrikanische Offensive wurde am **23. März** gestoppt. Seither beschränkt sich der Krieg auf Artilleriegefechte.

Für die Fapla ist die Lage inzwischen zwar ermutigend, doch alles andere als rosig. Eine effektive Kontrolle über das von ihnen verteidigte Gebiet üben sie nicht aus. Eine kleine Gruppe von Journalisten aus Luanda kann nur unter enormem Aufwand an die Front gebracht werden. Mit einer alten Antonov geht es bis nach Menongue und dann mit einem sowjetischen Hubschrauber bis auf zwanzig Kilometer vor **Cuito Cuanavale**. Näher wagen sich die Truppen nicht heran, seit die Unita aus den USA die gefürchteten Boden-Luft-Raketen Stinger erhalten. Die letzten Kilometer bis zur Front werden in einem sowjetischen Schützenpanzer zurückgelegt.

Aus der aufgewühlten Erde einer Panzerspur im Buschdickicht ragt der deformierte Rumpf eines Rebellen. Eigentlich ist er fürs Auge gar nicht mehr erkennbar. Nur der durch die Hitze verstärkte Verwesungsgeruch verrät, daß es sich bei der von Fliegen übersäten, plattgewalzten Masse um die Überreste eines Menschen handelt.

„Wir können die Leichen nicht immer begraben“, meint der Comandante, der sich schon nicht einmal mehr die Nase zuhält. „Es ist zu gefährlich. Jeder Schritt außerhalb dieser Panzerspur kann tödlich sein. Sie haben das ganze Gebiet bei ihrem Rückzug vermint.“ Dennoch will es der Offizier nicht versäumen, den Journalisten einen der hier erbeuteten südafrikanischen Centurion-Panzer vorzuführen. Fünfzig Meter jenseits der Unita-Leiche blinkt seine braune Stahlkuppel wie ein vergessenes Kriegerdenkmal durch das Dickicht.

Für die weißen Soldaten vom Kap ist der angolansische Busch gewiß ein Alptraum. Anders als im besetzten Namibia kämpfen sie hier auf unbekanntem Boden, an der Seite von schwarzen „Verbündeten“, gegen einen ebenbürtigen Gegner und für eine Sache, deren Dringlichkeit vielleicht nicht jedem Rekruten einleuchtet.

Hohe Verluste

Wie hat wohl der junge Sean Campbell, dessen Papiere nun Comandante Nguetos Beutetisch im Schatten eines Baumes schmücken, über seinen Einsatz gedacht? Oder jener Bure, der einen fünfseitigen Liebesbrief auf dem Schlachtfeld zurückließ? Bislang hat Pretoria den Tod von 51 Soldaten eingestanden. Nach angolansischen Angaben liegen die feindlichen Verluste bei 300 Mann.

Die Südafrikaner hätten neun Bataillone im Süden Angolas stehen, betont Fapla-Oberst Ngueto. Das seien neuntausend Mann, deren Haubitzen gegenwärtig aus einer Entfernung von dreißig bis vierzig Kilometern auf **Cuito Cuanavale** feuerten. Über die eigene Truppenstärke will sich der Comandante nicht auslassen, auch über die der Kubaner nicht. Überhaupt sei viel

zuviel von den Internationalisten die Rede: „Cuito Cuanavale wird von den Fapla verteidigt. Die Kubaner stehen in Menongue hinten in der zweiten Linie.“

Menongue ist ein tristes Nest: kein Markt, keine Geschäfte, keine Gasthäuser. In den zerschossenen Fenstern des Hotels „Perola do Sul“ spiegelt sich die Trostlosigkeit des Ortes. Die „Perle des Südens“, ein zweistöckiger Steinbau mit abblätterndem rosa Außenanstrich, verstopften Klos und ausgetrockneten Wasserhähnen, träumt einer fernen Vergangenheit nach. In Menongue bestimmen die am 27. März 1976 zu Hilfe gerufenen kubanischen *Internationalistas* das Stadtbild. Sie spazieren in kleinen Gruppen durch die leeren staubigen Straßen, lehnen aus den Fenstern schmuckloser Wohnbaracken, hantieren am Straßenrand in durchgeschwitzten grünen Unterhemden an Motorrädern und Autos herum. Vor allem aber langweilen sie sich. Wie sie nach Angola gekommen seien? Als Freiwillige natürlich, meint Raymundo, ein junger Leutnant aus der Provinz Havanna. Das ändert nichts daran, daß es jetzt zu Hause sicher am schönsten wäre. Dieser Krieg hat lange genug gedauert. Tausend bis zehntausend Kubaner — je nachdem, ob es sich um kubanische oder amerikanische Angaben handelt — haben seit 1975 ihre Solidarität mit dem revolutionären Angola mit dem Leben bezahlt. Havanna, das steht außer Zweifel, würde die *companeros* gern heimholen. Das Anfang Februar mit Luanda abgestimmte Rückzugsangebot der Kubaner ist jedenfalls ernst gemeint.

Wann der Rückzug beginnen kann, hängt mehr vom Willen der Regierung in Pretoria als von der Kompromißbereitschaft Luandas und Havannas ab. „Manchmal verstehe ich die Südafrikaner nicht“, meint Leutnant Raymundo. „Ich bin jetzt seit zehn Monaten hier, und noch nie haben die Südafrikaner so direkt mit uns den Kampf gesucht wie seit unserem Rückzugsangebot. Ich glaube, im Grunde wollen sie, daß wir hierbleiben.“

So abwegig sind die Überlegungen des Leutnants nicht: Südafrika, das sich gern als anti-kommunistisches Bollwerk in der Region aufspielt, braucht offenbar die Kubaner in Angola als Buhmann. Ihr Abzug wäre ja keine Gratisgeste, sondern die Folge verbindlicher Sicherheitsgarantien für Angola. Ein Nichtangriffsversprechen Pretorias reicht da nicht aus. Das hat das Apartheidregime den so genannten Frontstaaten in der Vergangenheit schon zu oft gegeben und zu oft gebrochen.

Voraussetzung für die Heimkehr der Internationalisten bleibt somit das Inkrafttreten der UN-Resolution 435, das heißt: die Lösung der Namibia-Frage. Sie sieht die Unabhängigkeit der ehemals deutschen Kolonie und den Abzug der südafrikanischen Besatzungsmacht vor, deren Stärke auf 80.000 Mann geschätzt wird und die gegenwärtig das Rückgrat der rund 20.000 Unita-Rebellen bildet. Südafrika aber hat mit der UN-Resolution nicht viel im Sinn. Es betrachtet Namibia als sein Eigentum und wesentlichen Bestandteil eines *cordon sanitaire* gegenüber Schwarzafrika. Bislang konnte das Botha-Regime die Stationierung von 40.000 Kubanern in Angola als Vorwand für die südafrikanische Militärpräsenz in Namibia benutzen. Ein Abmarsch der Internationalisten wäre für Pretoria nur interessant, wenn er ohne Gegenleistung erfolgte oder, besser noch, in Luanda mit dem Wechsel vom marxistischen MPLA-Regime zu einem manipulierbaren Unita-Regime verbunden wäre.

Diplomatische Bemühungen

Doch eine solche Entwicklung ist nicht in Sicht. Luanda schließt weiterhin jede Möglichkeit direkter Verhandlungen mit der Unita aus und sucht stattdessen den Kontakt mit Savimbis Paten in Pretoria und Washington. Um die seit dem kubanischen Rückzugsangebot wieder auflebenden diplomatischen Bemühungen in der Namibia-Frage möglichst zu torpedieren, schlug Südafrika scheinheilig direkte Verhandlungen mit Moskau vor. Dann könnte der Angola-Konflikt nach afghanischem Vorbild gelöst werden, meinte Verteidigungsminister Magnus Malan. Der Kreml ließ spöttisch zurückfunken, Angola und Afghanistan hätten wohl nicht mehr gemein als den Anfangsbuchstaben im Namen.

Die Kubaner stellen sich deshalb auch nicht auf das Kofferpacken ein. Den Amerikanern aber geht es in erster Linie um ihren Abzug. Die Reagan-Administration, die seit 1986 offiziell

Militärhilfe für die Unita leistet, führt in Angola, laut eigener Sprachregelung, einen *low-intensity warfare*. Dazu benötigt sie Geld, Waffen und ein paar „Freiheitskämpfer“ an der Front gegen den „internationalen Kommunismus“. Bevorzugte Ziele der Dollar-Guerilleros sind die wirtschaftliche Infrastruktur, Gesundheitsposten, Schulen und die soziale Basis des Feindes, Bauern, Lehrer, Ärzte, jedermann. „Geringe Intensität“ besitzt dieser Krieg vor allem für die aus der Ferne zuschauenden Amerikaner. Angola hingegen hat bislang mit rund 60.000 Menschenleben zahlen müssen.

Der amerikanische Afrika-Beauftragte Chester Crocker war von dem kubanischen Rückzugsangebot zunächst recht angetan. Heute wird kaum noch davon gesprochen. „Die Amerikaner spielen hier ein kompliziertes Spiel“, erläutert ein westlicher Diplomat in Luanda. „Sie wollen als erstes den Abzug der Kubaner erreichen und im Anschluß daran die Südafrikaner freundlich ersuchen, sich aus Namibia zurückzuziehen. Aber sie kontrollieren weder Südafrika noch die Unita, und wenn die Kubaner von sich aus ihren Rückzug als Teil einer Lösung anbieten, dann hat Washington im Gegenzug nicht viel in die Waagschale zu werfen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten ihre Militärhilfe für die Rebellen einstellen wollten, würde die Unita weiter von Südafrika versorgt.“

Die von Präsident Reagan propagierte Politik des „positiven Engagements“ im südlichen Afrika findet denn auch außerhalb der Stadtgrenzen Washingtons wenig Anklang. „Zu Anfang“, so betont ein europäischer Botschafter in der angolischen Hauptstadt, „hat Crocker die europäischen Diplomaten hier ziemlich hofiert. Aber er konnte niemanden von seiner Politik überzeugen, nicht einmal den britischen Kollegen. Die EG ist im Gegenteil bereit, der angolischen Regierung beim Wiederaufbau zu helfen, vor allem angesichts der neuen Wirtschaftspolitik Luandas.“

Die Regierung von Präsident dos Santos weiß, daß der Konflikt mit militärischen Mitteln allein nicht zu lösen ist. Doch von der amerikanischen „Vermittlung“ verspricht man sich weniger als von direkten Verhandlungen mit Pretoria im Hinblick auf ein Abkommen, zu dessen internationalen Garanten dann auch die Amerikaner zählen müßten. Die Suche nach Kontakt mit dem Apartheidregime erklärt wahrscheinlich Luandas Einladung an den Südafrika-Freund Franz Josef Strauß, der in den kommenden Wochen in Angola erwartet wird.

Doch an der Front hinter **Cuito Cuanavale** wartet Comandante Ngüeto weniger auf den Bayern als auf die nächste feindliche Offensive. Neben ihm, säuberlich geordnet auf einem groben Holztisch, blinken erbeutete Waffen in der Sonne, vergilbt das Papier burischer Landserpost. „Die Rassisten haben gelernt, uns zu respektieren“, glaubt der Comandante. Müde läßt Ngueto den Blick über die zerbombte Serengeti-Landschaft schweifen. Die Portugiesen wußten schon, wovon sie sprachen. *O fim do mundo!* Aber es gibt noch Hoffnung. Die angolische Unabhängigkeit ist keine dreizehn Jahre alt, der angolische Krieg keine dreißig. In Erwartung besserer Zeiten gilt eben die alte Revolutionslosung: „Der Kampf geht weiter, der Sieg ist gewiß.“

SPIEGEL ONLINE

Nr. 31/1988 – 01.08.1988

SÜDAFRIKA

Dieser Wahnsinn

Steht der Konflikt im Südwesten Afrikas, in Namibia und Angola, vor einer friedlichen Lösung, wie Fidel Castro ankündigte?

Hoch zu Kamel schaukelte Roelof Botha in Richtung Pyramiden. „Donder“, entfuhr es dem südafrikanischen Außenminister in Kairo, „daß es so holprig sein muß.“

Die mitlaufenden Beamten und Journalisten wußten Bescheid. Der Reiter im weißen Safari-Anzug, dem burischen Sommerlook, fluchte nicht nur über den Ausflug auf dem Höckertier. Vielmehr traten Ende Juni die Verhandlungen über eine friedliche Lösung im Südwesten Afrikas – Freiheit für Namibia und das Ende des Krieges in Angola – in ein neues Stadium.

Zwar hielten noch in Ägypten die Unterhändler aus Pretoria, Luanda und Havanna minutenlange Vorträge über Menschenrechtsverletzungen („Apartheid entwürdigt die Menschen“, so der Vertreter Kubas) und wirtschaftliche Mißstände (Südafrika: „Sozialismus ist Chaos“). Doch schon Mitte Juli einigten sich die Delegationen in den USA, gedrängt von Washington und Moskau, auf einen „Prinzipienkatalog“.

Danach sollen alle fremden Truppen aus Angola abgezogen werden, einvernehmlich will man dem UNO-Generalsekretär ein Datum vorschlagen, an dem der Unabhängigkeitsprozeß für Namibia gemäß UNO-Resolution 435 beginnen kann.

Die weltweite Begeisterung über die anscheinend weise gewordenen langjährigen Gegner im Südwesten Afrikas fachte letzte Woche auch Präsident Fidel Castro am kubanischen Revolutionsfeiertag an: „Wir sind wirklich an der Schwelle einer politischen Lösung.“ Wirklich?

Gleich darauf bestätigte Kuba alle Zweifler, die den nunmehr zehnmonatigen Friedensverhandlungen trotz kleiner Fortschritte in 30 Gesprächsrunden nur wenige Chancen geben.

Denn während Militärs aus Kuba, Südafrika und Angola wieder verhandelten – auf den Kapverdischen Inseln – und die nächste Sitzung für Dienstag in Genf vereinbarten, beendeten die Kubaner die Bauarbeiten an einem riesigen Militärflughafen in Südangola. Dort können schwere Armeetransporter starten und landen, die Hangars sind bombensicher. Das auf 50.000 Mann geschätzte kubanische Hilfskorps in Angola verfügt nunmehr über zwei moderne Luftwaffenstützpunkte im Süden.

Südafrikas Basen im Norden Namibias sind somit in Reichweite der MiG-23, „des modernsten Kampfflugzeuges im südlichen Afrika“, so Pretorias Militärs neidisch. Südafrikas betagte „Mirage III“-Jäger, 1986 modernisiert und seither „Cheetah“ genannt, sind ihnen hoffnungslos unterlegen. Das zeigte sich schon Anfang des Jahres bei den Kämpfen um die Provinzstadt **Cuito Cuanavale**: Trotz monatelanger Bombardierung des armseligen Fleckens im Südosten konnten die Südafrikaner den strategischen Brückenkopf wegen der kubanischen Luftüberlegenheit nicht einnehmen.

Sicherlich hat diese Niederlage die Buren verhandlungsbereiter gemacht, zumal liberale Oppositionelle Zahlen über die mutmaßlichen Kriegskosten veröffentlichten: Vier Milliarden Rand (rund drei Milliarden Mark) verschlingt der Angola-Feldzug der Südafrikaner jährlich.

Das von den Sanktionen und der politischen Unsicherheit der letzten Jahre wirtschaftlich ruinierte Land, so argumentieren die Kriegsgegner, könne sich „diesen Wahnsinn“ nicht mehr erlauben.

In der Öffentlichkeit wächst zudem der Unmut über die zunehmende Zahl von Toten und Verletzten. Allein beim kubanischen Angriff Ende Juni auf das hydroelektrische Staudammprojekt Calueque am Kunene-Grenzfluß zwischen Angola und Namibia fielen mindestens zwölf weiße Soldaten.

Angeblich hat der vergleichsweise liberale Außenminister Botha die „Falken“ in den Streitkräften ausgetrickst. Jedoch – auch der scharfe Verteidigungsminister General Magnus Malan, langjähriger Oberkommandierender der Streitkräfte, reist als Aufpasser zu allen wichtigen Gesprächen mit. Er ist seit mehr als zehn Jahren enger Vertrauter des ehemaligen Verteidigungschefs und heutigen Präsidenten Pieter Willem Botha. Im weißen Kabinett, vor allem aber im allmächtigen Staatssicherheitsrat, der letzten Mittwoch hinter verschlossenen Türen über die Friedensverhandlungen beriet, gilt Malan als starker Mann.

Außenminister Botha ist der beste Namibia-Experte seiner Regierung. Er weiß, daß die wirtschaftliche Vernunft für Südafrikas Rückzug aus der ehemals kaiserdeutschen Kolonie wie

aus Angola spricht: Das mineralienreiche, ansonsten jedoch bitterarme riesige Gebiet zwischen den Wüsten Kalahari und Namib, mehr als dreimal so groß wie die Bundesrepublik, kostet Pretoria viele Millionen im Jahr.

Dennoch betrachten burische Strategen das Land als eine Art Glacis und als riesiges Exerzierfeld. Außerdem peinigt sie die Vorstellung, daß eines Tages Kolonnen weißer Afrikaner auf der Flucht vor einer Herrschaft der linken Befreiungsbewegung SWAPO über den Oranjefluß nach Südafrika strömen könnten.

Trotzdem ging Pretoria vor vier Jahren auf Verhandlungen über eine Freigabe Namibias ein – obwohl Angola der Abneigung der weißen Herrscher am Kap gegen einen Rückzug aus Namibia wie gegen eine Machtbeteiligung der Schwarzen in Südafrika mächtigen Auftrieb gegeben hatte. Die radikale Umwandlung der portugiesischen Kolonie in einen wirtschaftlich ruinierten sozialistischen Einheitsstaat bestätigte ihre schlimmsten Befürchtungen.

Sie verdrängen, daß vor allem der von Südafrika unterstützte Krieg der rechten „Unita“ des schwarzen Rebellenführers Jonas Savimbi gegen die regierenden Marxisten in Luanda zum Elend Angolas wesentlich beitrug. Der Druck des Westens brachte Pretoria an den Verhandlungstisch – so wie vermutlich Moskaus Drängen die Kubaner. Auch für Kuba wird das afrikanische Abenteuer zu einer immer schwereren Last – an der Moskau sich immer weniger beteiligen möchte.

Die meisten Kubaner kommen heute ihrer revolutionären Pflicht im 12.000 Kilometer fernen Afrika nur noch mürrisch nach. Die „historische Tugend“, von der Literaturnobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez in einer Reportage über Havannas Waffenhilfe für Angola schrieb, „der internationalistische Geist der Kubaner“, scheint verflogen.

„Angola ist beschissen“, klagte ein Afrika-Veteran in Havanna. „Die Leute in Äthiopien, die mochten uns. Aber in Angola, da weißt du nie, ob dir dein Nachbar nicht gleich das Messer zwischen die Rippen stößt. Außerdem ist das nichts mit den Frauen. Da fängst du dir nur Aids ein.“

Vergangene Woche sprach Fidel Castro vor mehr als 100.000 Zuschauern, die über zwei Stunden in schwüler Hitze ausharren mußten, über die „reale Möglichkeit einer für alle Seiten gerechten, würdigen und ehrenhaften Lösung, die auch Angolas Sicherheit und Namibias Unabhängigkeit einschließt“.

Doch ein Friedensschluß würde Kuba vor die unangenehme Aufgabe stellen, seine 50.000 Angola-Söldner anderweitig einzusetzen oder aber heimzuholen – angesichts der Wirtschaftslage und der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf der Insel eine schaurige Aussicht.

So könnte es durchaus sein, daß beide Seiten nur zum Schein verhandeln und ihr Friedens-Optimismus in erster Linie das jeweilige Lager freundlich stimmen soll. In der gefeierten Vereinbarung über den „Prinzipienkatalog“ für den Rückzug Südafrikas und Kubas aus Angola sowie für freie Wahlen in Namibia fehlen noch alle Details.

Washingtons früherer UN-Botschafter Donald McHenry: „Nichts an der Vereinbarung läßt mich irgendwie hoffen, daß es bald zu einer Regelung kommt.“

SPIEGEL ONLINE

Nr. 47/1988 – 21.11.1988

SÜDLICHES AFRIKA

Letzte Hürde

Abzug der Kubaner aus Angola, der Südafrikaner aus Namibia: Der große Krieg im südlichen Afrika scheint zu Ende zu gehen.

Die US-Gastgeber luden in Genf zum Champagner-Empfang. Kuba, Angola und Südafrika, die bisherigen Erzfeinde, paraphierten einen Vertragsentwurf über den Abzug der Kubaner, die seit 1975 in dem südwestafrikanischen Küstenstaat operieren.

Sie kämpfen gegen die von Südafrika unterstützten prowestlichen Unita-Rebellen und gegen südafrikanische Truppen, die Pretoria immer wieder zu Strafaktionen nach Angola schickte. Die Zahl der Castro-Soldaten stieg von Jahr zu Jahr, zur Zeit sind es rund 50.000.

Mit der Akte von Genf war die letzte Hürde für eine umfängliche Vereinbarung genommen, die Mitte letzter Woche bei den Regierungen in Havanna, Luanda und Pretoria auf den Tisch kam. Der Gesamtvertrag soll schon bald in Brazzaville unterzeichnet werden.

Ein mörderischer Krieg neigt sich seinem Ende zu, der seit 13 Jahren in der ehemals portugiesischen Kolonie tobt und das ölfreiche Land in den wirtschaftlichen Ruin getrieben hat. Angolas immense Rüstungskäufe verschlangen alle Gewinne aus dem Öl.

Moskau pumpte – nach amerikanischen Angaben – allein im vergangenen Jahr supermoderne Waffen im Wert von einer Milliarde Dollar in das Land. Aber der Buschkrieg war für keine Seite zu gewinnen. Obgleich die Russen nicht mit am Verhandlungstisch saßen, agierten sie im Hintergrund: Vize-Außenminister Anatolij Adamischin stand in regelmäßigem Kontakt mit seinem US-Partner Chester Crocker.

Moskau mußte seine Verbündeten nicht allzusehr zum Frieden drängen: Das ausgeblutete Angola ist am Ende, und auch die Kubaner packte nach und nach Kriegsmüdigkeit. Etwa 10.000 gefallene „Internationalisten“ sind ein innenpolitisch immer schwerer zu vertretendes Opfer.

Auch ohne die Kubaner könnte sich das linke Regime in Luanda heute wohl der Unita-Rebellen des Jonas Savimbi erwehren – besonders dann, wenn Südafrika nach Unterzeichnung des Vertrags die Guerillas nicht mehr unterstützt.

Der Abzug des Kuba-Korps aus Angola – angeblich innerhalb von 27 Monaten – ist an die Unabhängigkeit Namibias gekoppelt, der letzten Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent. Erstmals erscheint nun doch noch eine friedliche Lösung des seit rund vier Jahrzehnten schwelenden Streits um das ehemalige Deutsch-Südwestafrika möglich.

Mehr noch: Ein Abkommen zwischen den drei Staaten würde nicht nur „dem Frieden eine Chance“ geben, wie die liberale „Cape Times“ letzten Mittwoch noch mit Fragezeichen meldete. Es wäre vielmehr auch – nach Afghanistan – ein weiterer Beweis, daß die Annäherung der beiden Supermächte Dritte-Welt-Konflikte weitab von Moskau und Washington entschärfen kann.

Hauptfigur in den seit sieben Monaten geführten Verhandlungen ist der US-Politiker Chester Crocker, den kaum jemand außerhalb des Schwarzen Kontinents kennt. Seine Amtsbezeichnung: „Assistant Secretary of State for African Affairs“. Ohne seinen hartnäckigen Einsatz wäre der Konflikt nie einer Lösung so nahe gekommen.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Südafrika vom Völkerbund das Mandat über das riesige Deutsch-Südwest (dreieinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik) erhalten. Als sich die 1948 an die Macht gekommene burische Nationale Partei allerdings anschickte, das Land als fünfte Provinz zu schlucken und Apartheidsgesetze einführte, kam es zum erbitterten Streit mit der UNO.

Von Anfang an weigerte sich Pretoria, die New Yorker Weltorganisation als Nachfolgerin des Völkerbundes anzuerkennen, und ignorierte fortan unzählige UNO-Resolutionen, die das südafrikanische Besatzungsregime verurteilten.

Seit 1966 führt Pretoria einen zunehmend blutigen Krieg gegen die Befreiungsbewegung SWAPO, die von der UNO – auch nicht eben kompromißfördernd – 1973 als einzige „authentische Vertretung des Volkes von Namibia“ anerkannt wurde.

In der von der UNO, von Ostblock- und skandinavischen Ländern unterstützten militanten Nationalistengruppe sah Pretoria nur eine „terroristische Vereinigung“. Die Militärlager der SWAPO im Süden Angolas lieferten den Buren den Vorwand für ihre ständigen Angriffe tief nach Angola hinein. Denn die „rote Fahne über Windhuk“ wollten die Hardliner um Verteidigungsminister General Magnus Malan auf keinen Fall sehen.

Eben diese verteufelten Freiheitskämpfer aber unter ihrem Chef Sam Nujoma haben nun die beste Chance, an die Macht zu kommen. Ein bereits vor zehn Jahren von fünf Westmächten, darunter auch der Bundesrepublik, ausgehandelter Friedensplan (UNO-Resolution 435) wird das ermöglichen.

Nach dieser Resolution sollen 7.500 UNO-Soldaten einen Waffenstillstand und die Schaffung entmilitarisierter Zonen an der Grenze zwischen Angola und Namibia überwachen. Nach sieben Monaten werden unter Aufsicht der Uno freie Wahlen abgehalten – das könnte schon im August nächsten Jahres sein. Selbst Politiker in Pretoria gehen davon aus, daß die SWAPO eine satte Mehrheit erhalten wird.

Pretorias Militärs trösten sich damit, daß auch andere schwarze Nachbarstaaten, wie Simbabwe und Mosambik, wo mit der Unabhängigkeit „Terroristen“ die Macht übernahmen, dem Apartheid-Staat nicht gefährlich geworden sind, nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Macht Südafrikas, welche die schwarzen Nachbarn zu Wohlverhalten zwingt.

Anders dürfte es wohl auch dem SWAPO-Chef Nujoma kaum ergehen. Die einstmals riesigen Diamantenvorräte Namibias wurden von dem südafrikanischen Minenkonzern De Beers in den letzten Jahren weitgehend ausgebeutet, die Kupfervorräte um Tsumeb gehen zur Neige, und selbst die gewaltigen Uranlager in der Nähe von Swakopmund können wegen der niedrigen Preise der Wirtschaft kaum nützen. An Windhuks Theken wird deshalb gescherzt: „Wenn Sam die Kasse knackt, schaut er in ein großes Loch.“

So hat Pretorias Sinneswandel, Namibia aufzugeben, denn auch vorwiegend wirtschaftliche Gründe. Der Staat am Kap kann sich – selbst ökonomisch angeschlagen – seine „fünfte Provinz“ nicht mehr leisten.

Riesige Summen mußte die südafrikanische Regierung 1987 der von ihr eingesetzten Interimsregierung in Windhuk stiften: 700 Millionen Rand (525 Millionen Mark) für die sogenannte Territoriale Streitmacht, Polizei und Sicherheitskräfte, 306 Millionen Rand zum Ausgleich des Haushaltsdefizits, 236 Millionen für kurzfristige Kredite, 80 Millionen Überziehungskredit bei der südafrikanischen Zentralbank.

Die gewaltige Militärmaschine, die Pretoria in Namibia unterhält – Schätzungen reichen bis zu 80.000 Soldaten – und der Angola-Feldzug verschlangen vier Milliarden Rand jährlich. Die wachsende Zahl der Toten in Angola wie in Namibia führte zu Unruhe auch unter den Botha-Wählern.

Die Anzahl der weißen Toten wird verheimlicht. Nur hin und wieder – zuletzt im Juni nach der Schlacht am Calueque-Damm an der Grenze zwischen Angola und Namibia – wurden die Namen von zwölf weißen Soldaten veröffentlicht, die „fürs Vaterland“ gefallen waren.

Die schwarzen Toten der Armee zählt niemand im Rassistenstaat.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 14/1989 – 03.04.1989

Kotze, Koevoet und Konsorten

SPIEGEL-Reporter Peter Schille über Namibia am Beginn seiner Unabhängigkeit

Der Terror rast die Straße entlang, kreischend und lachend: ein Lindwurm aus 70 Panzerwagen, hochbordige rollende Festungen, armeegrün gestrichen. Schwarze Soldaten, auf den Vordersitzen hocken auch ein paar weiße, winken herunter; berauscht vom eigenen Gelächter, fidel wie Hochzeiter in ihren weißgrünen Unterhemden. Die Finger beider Hände recken sie zum Siegeszeichen empor, V für Victory.

Der Himmel über ihnen ist blau. Das Gras auf den Weiden steht hoch, und im Wind raschelt die Hirse. Obwohl sie so fröhlich schreien und ihre Gewehre kaum zu sehen sind, verbreiten die Soldaten nichts als Schrecken. „Wir haben den Krieg gewonnen“, schreien sie.

Die Menschen am Straßenrand haben ihn verloren. Die schwarzen Bauern und ihre Frauen, kleine Kinder auf den Rücken geschnallt, sind zu Stein geworden, ihre Gesichter graue verstockte Masken. Sie wagen nicht hinaufzublicken zu den Soldaten. Einige ballen die Rechte zur Faust und stoßen sie in die Luft, aber da ist die Meute der Schreckensmänner schon wieder davon.

Der Bauer Vestus treibt seine Rinder zusammen und sagt in gebrochenem Afrikaans: „Was für eine Narretei! Sie wollen uns weismachen, all das Unheil sei nicht passiert. Sie seien gar keine Teufel!“ Allzu gründlich haben die Soldaten des namibischen Bataillons 101 im Ovamboland an der Grenze zu Angola den Bauern Ruhe und Ordnung besorgt.

Die Ordnung der Gegenwart ist die Unordnung der Zukunft: Oberst Louis Kotze, Kommandeur des Bataillons 101, wird bis zum letzten Tag an die Ordnung glauben, die er und Südafrika über seine Heimat verhängt haben. Diese Ordnung war Gewalt und bewahrte, in der letzten Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent, die Herrschaft von 80.000 Weißen vor der Empörung fast anderthalb Millionen Schwarzer.

Diese Ordnung, 1884 vom deutschen Kaiser begründet, regelte die Unterwerfung der Schwarzen durch die weiße Welt. Seit 1915 machte Südafrika Gebrauch von Land und Leuten, als wäre beides sein Besitz, Bestandteil seines Staatsgebiets, seine fünfte Provinz.

Die weißen Herren vertraten die europäische Kultur, Missionaren gleich erfüllten sie einen höheren Auftrag: Was sie auch unternahmen, es geschah zum Besten der Schwarzen, ob die wollten oder nicht. Die wurden um Zustimmung niemals gebeten, wie Kinder oder Hunde hatten sie ihre Erziehung über sich ergehen zu lassen. Sie mußten sogar Afrikaans lernen, die Sprache ihrer Tyrannen, die Sprache der Gefangenenkolonie: Wann immer sie sich wehrten, gab es Krieg.

Die Schwarzen leben noch heute im selben Land wie Oberst Kotze, und doch anderswo. Ihre Heimat heißt Elend, Kotzes Heimat Südwestafrika. Jetzt wird sie plötzlich Namibia genannt, nach der Wüste am Atlantik, und die alte Ordnung gilt nicht mehr. Ihr letzter Tag ist gekommen.

Die Republik Südafrika muß Namibia von der Besatzungsmacht Südafrika erlösen. Am 1. April begann die Unordnung der Zukunft, der Kreuzweg in die Unabhängigkeit, an Allerheiligen wird gewählt. 4.650 UNO-Soldaten sind die Schutzpatrone des Waffenstillstands.

Oberst Kotze, 41, bekämpfte die Feinde der alten südafrikanischen Ordnung „bis Ende August 1988 in und außerhalb Angolas“: die Befreiungsbewegung SWAPO, in der Kotze nicht mehr erkennen kann als „einen Haufen kommunistischer Terroristen“. Für ihn ist der Krieg aus, vorläufig – „militärisch gewonnen, politisch verloren. Die Herzen und Hirne des Volkes haben wir nicht erobert“.

Ist der Krieg auch wirklich aus? In der Hauptstadt Windhuk tauchte, zusammen mit abziehenden Soldaten des Bataillons 101, eine Todesliste auf. Sie enthält die Namen aller SWAPO-Führer, die noch ermordet werden sollen.

Die Herzen und Hirne einiger südafrikanischer Offiziere werden noch immer von Phantasien eines totalen Sieges erregt. „Wenn die Terroristen die Wahlen verlieren, werden sie den Krieg fortsetzen. Dann holt die UNO unsere Armee zurück, um die Lage zu stabilisieren“ – Kotzes

Freund, der Brigadier V., höchster Nachrichtenoffizier der Truppe, kämpft in Gedanken weiter.

Auch Kotze hofft, sagt er, „daß die Mehrheit der Ovambo gegen die SWAPO stimmt“. Er redet sich ein, die pädagogischen Aktionen seines Bataillons hätten das Volk bekehrt. Er macht sich vor, er und die Armee hätten die Zivilisation gegen den Kommunismus verteidigt: Die Freiheitskämpfer von 101, 2.800 Soldaten, das größte Bataillon Namibias, 98 Prozent sind Ovambo, lauter Freiwillige, alles gewöhnliche Bürger.

Im Leben der Ovambo war Bataillon 101 eine Bande von 2.800 Teufeln. Seit 1978 hat das Bataillon 101 genau 78 Männer verloren, zehn pro Jahr, „für jeden von ihnen haben wir 20 SWAPO getötet“. Der Krieg war „eine schöne, befriedigende Aufgabe“, sagt der Oberst, er ist schmüchlich und blond und liebt seinen Beruf.

Mit großen blauen Augen verdammt er einige Fehlritte seiner Soldaten: „Nie hätten wir die Mohangfelder der Bauern zerstören dürfen, von Negerhirse müssen sie schließlich leben.“ Schwererer Untaten erinnert er sich nicht. „Nie haben wir Zivilisten angegriffen!“ Sein Gewissen ist rein.

Und doch hat ihn sein schlechter Ruf endlich eingeholt: „Unser Bataillon und die Koevoet, Anti-Guerilla-Polizisten – wir waren die ärgsten Feinde der SWAPO.“ Er zieht an seiner Pfeife und gesteht: „Vieles wäre besser nicht geschehen.“ Koevoet, gesprochen Kufut, afrikaans für Kuhfuß gleich Brechstange: In der Sprache der Ovambo hieß Koevoet Terror, Folter und blutiges Verrecken. Das Entsetzen vor Koevoet lähmte allen Widerstandsgeist. In der Hölle der frommen Ovambo herrschten Kotze, Koevoet und Konsorten.

Nun übt Oberst Kotze den Frieden. Vor den 101-Baracken im flohreichen Ondangwa schwatzen weiße Hausfrauen die Zeit tot. Gleich fängt die Versteigerung des Bataillon-Inventars an, sämtliche Tischfahnen und Stühle, Teppiche und Vorhänge, Klo- und Waschbecken werden demobilisiert. Danach rüsten auch Kotze und seine Soldaten ab, vom Kriegsschauplatz im Norden Namibias ziehen sie sich auf ewig zurück.

Waffenlos treten sie am 1. Mai einen sechsmonatigen bezahlten Urlaub an, 12.000 Mann, die gesamte namibische Territorialstreitmacht, gehen auf einen Schlag in die Ferien. Südafrikas Bataillone dagegen kehren etappenweise heim, bis nur noch 1.500 von 40.000 Soldaten übrigbleiben, die werden sich in den Baracken von Oshivelo und Grootfontein einigeln.

„Am 1. November wählt Namibia zwischen Demokratie und Kommunismus“, sagt der Oberst. In Wahrheit wählt das Volk eine verfassunggebende Versammlung; die erste seiner Geschichte.

Je länger er von der unordentlichen Zukunft redet, desto bedenklicher wird die Aussicht auf sie: „Sollte die SWAPO gewinnen, wird sie als nächstes Ziel Südafrika ins Visier nehmen.“ Geht seine Welt unter, zieht eine neue herauf, schon bereitet er sich darauf vor. Hat die SWAPO sich von „allen kommunistischen Einflüssen gereinigt, Kubaner aus Angola und burenfeindliche Guerrilleros davongejagt“, will Kotze ihr seine Dienste anbieten – „wenn sie mich nehmen und gebrauchen können“.

Ob Kotzes solide Vernichtungskunst in Namibia noch einmal benötigt wird, hängt von der Vergeßlichkeit der Ovambo ab: Und die ist ihrem Haß nicht gewachsen. Sie werden sich bis zum Jüngsten Tag von ihm und seinesgleichen bedroht fühlen. Denn die gemeinsame Vergebt-und-vergeßt-Aktion von Armee und Koevoet schlug fehl.

Woche für Woche waren im neuen Jahr die Schinder des Ovambolandes durch die Dörfer gezogen, nur mit ihrem Lächeln bewaffnet. „Wir werden euch nie mehr misshandeln“, versprochen sie den Bauern. „Nie mehr zerstören wir eure Felder und Hütten. Nie mehr vergewaltigen wir eure Frauen. Es war alles nicht so gemeint. Die SWAPO wird euch noch viel Schlimmeres antun!“

Die Mörder als Wohltäter: Sie verteilten Medikamente und Getreide und hörten nicht auf zu lächeln. „Wir sind gut. Keiner ist so gut wie wir!“ sagten sie. Die Bauern in den weiten grünen Ebenen des nördlichen Namibia lauschten ihnen verwirrt: Der Terror hatte ihnen alle Hoffnung geraubt, alle Zuversicht in die eigene Kraft.

O., der aus Furcht vor der Koevoet den Fremden nur nachts treffen will, im Hinterzimmer des portugiesischen Restaurants Pelican in Oshakati, O., der seinen Namen verheimlichen muß, strengt sich im „Komitee für Gerechtigkeit und Frieden“ an, die Ovambo von der Krankheit Südafrika zu heilen: „Seit 1966 kämpft die SWAPO für uns, und seit 1966 ist SWAPO ein Schreckenswort. Wann immer Koevoet die Bauern nach SWAPO-Spuren fragte, gab es Prügel. Ob sie schwiegen oder redeten, sie wurden geschlagen, ihre Hütten verbrannt. Die Bauern haben Angst – vor der SWAPO. SWAPO hat ihnen nur Unglück gebracht, das steckt tief in ihren Köpfen.“

3.000 von 4.500 Koevoet-Männern tragen inzwischen Polizeiuniform, unschuldiges gebügeltes Grün. Der Rest ist entlassen worden. 3.000 Todfeinde treten plötzlich als Freunde auf. „Sie pauken den Dörfern ein, was die Wahlen bedeuten – die Entscheidung zwischen Gut und Böse. Erklären, was das ist – Kommunismus. Zeigen Videofilme aus dem kommunistischen Äthiopien: über kahle Felder taumelnde Skelette, verhungerte Kinder, röchelnde sterbende Frauen als Verheißung – so wird es euch auch ergehen, wenn ihr der SWAPO nicht abschwört.“

Wird es der Ordnung der Gewalt gelingen, die Allerheiligen-Wahl zu entscheiden? Brigadier V., der allwissende Nachrichtenoffizier, sagt der SWAPO ein Ende bei 30 Prozent der Stimmen voraus. Selbst mutige SWAPO-Feinde sehen sie bei 50 Prozent scheitern. „Es wird schon alles gutgehen. Südafrika läßt uns nicht im Stich. Der Himmel ist mit uns“ – so beten die Buren ein Wunder herbei.

O. kennt seine weißen Herren, seine Furcht hat ihre Hinterlist und Habgier studiert: „Sie sind durcheinander, auf einmal ist ihre Zukunft nicht mehr in den Händen Pretorias.“ O. baut ein Netz aus Wahlkontrolleuren auf, die den Buren auf die Finger sehen, „sonst betrügen sie uns mit 1.000 schmutzigen Tricks“.

Ist die Wahl fair und frei, „gewinnt SWAPO mit 80 Prozent“, sagt O. „Doch die UNO-Soldaten sind blind. Sie sollen die Wähler beschützen und sprechen unsere Sprache nicht. Wir müssen unsere eigene UNO sein! Der Krieg ist gewonnen, die Wahl noch nicht.“

1.000 schmutzige Tricks: „Sie wollen uns einschüchtern, einschüchtern, einschüchtern.“ Wer sich als SWAPO-Anhänger zu erkennen gibt – durch Hemden, T-Shirts oder Mützen in den Farben Blau-Rot-Grün -, dem werden mit Messern die Kleider vom Leib gefetzt, wie im März in Ondangwa mitten auf dem Markt. Dem werden die Beine zerschossen, wie in Omadangela am helllichten Tag. Der wird mit Gewehren bedroht und verprügelt, wie die Schüler der G. T. Senior Secondary School von Oshakati:

Mitte März gegen Mitternacht, sechs 101-Soldaten in Zivil schießen das Tor auf und feuern und schreien, bis die 600 Schüler in ihren Wohnheimen sich zur Wehr setzen. Sie werden der SWAPO-Treue verdächtigt. Als eine Kompanie 101-Soldaten die Schule umringt und die Nacht von Gewehrfeuer erfüllt ist, greifen die Schüler an.

Und als die Belagerer den Rektor Josia Udjombela zwingen, ihnen zu folgen, zwingt der sie in die Polizeistation von Oshakati. „Die jungen Polizisten“, sagt Udjombela, 33, „nahmen sechs Soldaten fest. Sie wußten, was sie taten, sie halfen mir und sich selber, für SWAPO-Zeiten.“

Vor ein paar Monaten noch wäre die Affäre tödlich ausgegangen: für den Rektor, den Konrektor und viele Schüler. Feige hätte die Polizei sich versteckt: Der Schüler Jeremiah, im Gesicht blutunterlaufene Abdrücke von Soldatenfäusten, spricht vom alltäglichen Krieg, als hätte er seinen eigenen Tod schon ein dutzendmal überlebt.

Im Schulhof feiern die 600 Schüler, Jungen und Mädchen zwischen 12 und 20, ihren Sieg über das Bataillon 101, alles wird sich nun ändern. Udjombela in seinem knisternden weißen Hemd lehrt sie Widerstand: „Wir lernten mehr über Südafrika als über unser eigenes Land. Wir wissen nicht mal, wer wir sind. Wir brauchen soziale und ökonomische Gerechtigkeit, und wenn nur der Sozialismus uns Freiheit bringen kann, soll er halt kommen.“

O. widerspricht, er fürchtet, der Sozialismus ist so schlimm wie die Apartheid. Aber SWAPO hat ja versprochen: „Kein Sozialismus in Namibia.“

Weit hinter der breiten Teerstraße, beschirmt von hohen alten Bäumen, liegt das kleine Dorf von Thelma. Sie ist 38 und hat acht Kinder, ihr Mann ist mit dem Vieh unterwegs. Ihre Söhne und Töchter erstarren, als der weiße Besucher aus dem Staub auftaucht. Weiße, die sie anlächeln, waren ihnen unbekannt. Thelma sitzt an der Nähmaschine und schneidert sich ein SWAPO-Kostüm.

Thelmas Englisch klingt steif, doch weigert sie sich, afrikaans zu sprechen. Jetzt, da die Ausgangssperre – von der Abend- bis zur Morgendämmerung – nach acht Jahren aufgehoben ist, fällt ihr auf, wagt sie sich zu erinnern, wie viele Nachbarn in den vergangenen abertausend Nächten verschwunden sind: „Nur die Armee kann sie verschleppt haben. Jeder andere wäre erschossen worden.“ Thelmas Mann wurde zweimal mitgezerrt, sein Körper war von Brandwunden bedeckt, als er zurückgeschlichen kam; Folter und Elektroschocks.

Der 1. April ist der Tag der Freiheit: „Von nun an habe ich keine Angst mehr“, sagt Thelma. „Sie nennen uns Terroristen, aber sie selber üben Terror aus. Aller Terror stammt aus Südafrika und ist weiß. Wenn ein Weißer einen Schwarzen tötet, ist das Ordnung. Wenn wir uns rächen, ist es Gewalt.“

Barfüßig tritt Thelma ihre Nähmaschine, eine freundliche Frau mit eisernem Lächeln. Vergangene Nacht setzte ein Panzerwagen drei fremde Männer am Dorfrand ab, sie verschwanden in den Mohangofeldern. Die Hunde bellten bis zum Morgen. Was haben sie vor? Thelma ballt die Faust und ruft „Power!“, den Kriegsruf der SWAPO.

In Namibia formieren sich die Kirchen als Avantgarde des Widerstands. Die Buren werfen Kommunisten und Priester in einen Topf und wüten: „Unser Unheil fing an, als die Kirche die Schwarzen schreiben und lesen lehrte.“

„Für die Kirche“, sagt Kleopas Dumeni, lutherischer Bischof in Namibia, „sind Furcht und Zittern, Tod und Folter das tägliche Brot.“ Bei einem Bombenanschlag der Koevoet in einer Bank von Oshakati kam seine Tochter ums Leben, sie war 18. Auch daß Brüder auf ihre Väter schießen, habe Südafrika befohlen. Südafrika sei Krieg. Und trotzdem: Vergebung für alle. „Auch für Kotze.“

Dumeni, 59, vom Krieg härter geschmiedet, als es einem Bischof gebührt, bitter, zornig und mißtrauisch – außerhalb der SWAPO gibt es kein Heil –, Dumeni traut nicht einmal den UNO-Truppen: Fremd im Land, ohne Kenntnis unserer Sorgen, ohne Neigung, sich für uns töten zu lassen, müssen sie, die als SWAPO-Freunde gelten, jeden Tag beweisen, wie objektiv sie sind. „Der Kampf“, sagt Dumeni und steckt sein goldenes Bischofskreuz wieder in die Brusttasche zum Kugelschreiber, „der Kampf ist noch nicht gewonnen.“

Von einem dicken rotgesichtigen südafrikanischen Nachrichtenoffizier begleitet, erkunden in drei weißen Mercedes-Lastwagen australische Soldaten der 17. Construction Squadron aus Brisbane das Ovamboland.

300 Australier, denen besonders die Erforschung des lokalen Biers am Herzen liegt – „Lion's Lager ist das beste“ –, werden nach dem 1. April an der Grenze Minen räumen, sieben Monate lang. Ehe sie eingreifen können, öffnet ihnen der burische Experte die Augen für die Ovambo: „Alles Kommunisten! 40.000 Menschen waren vom Militär abhängig, unser Abzug stürzt sie in finstere Armut.“

In Otjiwarongo ruft die SWAPO an diesem trüben Sonntag zu einer Siegesdemonstration auf. Der südliche Herbst bricht mit Gewitter und Sturm über das Land herein. Auf halbem Weg, vor der Bergbaustadt Tsumeb, mahnt ein schwarzer Obelisk zur Besinnung. 1981 errichtet, gedenkt er exklusiv der „weißen Opfer des Terrorismus“, Afrikaans in Goldbuchstaben. Im Restaurant des Minenhotels schallt zum Hackbraten mit Salzkartoffeln das Deutschlandlied aus dem Lautsprecher.

Auf der SWAPO-Demonstration sind die Schwarzen unter sich. In fünf Sprachen – Afrikaans, Herero, Nama, Oshivambo und Englisch – wird von fünf Rednern „One Namibia, one nation“ beschworen.

Die englische Version hat nur ein winziges Publikum: den deutschen Besucher, einen südafrikanischen Photographen und die drei Mitglieder des U. S. Liaison Office; der bärtige CIA-Mann schleppt zwei Kameras mit sich herum, findet aber keine Motive. Während der dreistündigen Massenandacht fällt über Sozialismus kein einziges Wort.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 15/1989 – 10.04.1989

NAMIBIA

Faule Tricks

Schwere Kämpfe in Ovamboland. Pretoria erklärt den UNO-Friedensplan für „de facto suspendiert“.

In der kleinen Kapelle von Ondeshifilwa in Ovamboland sang die Gemeinde Kirchenlieder. Draußen unter einem Dornbaum lagerte eine Schar SWAPO-Kämpfer, schwatzend, lachend und schwer bewaffnet.

„Die waren sehr glücklich und feierten“, schilderte Pfarrer Daniel Ndemuweda der „Cape Times“ die Szene vom vorletzten Sonntag. „Sie erzählten den Leuten, daß der Krieg vorbei sei und daß sie auf die UNO warteten.“

Stattdessen eröffneten plötzlich südafrikanische Schützenpanzer aus dem Busch heraus das Feuer mit Maschinengewehren und Granatwerfern. Am Mittwoch beerdigten die Bewohner des zerstörten Dorfes 30 Kilometer nordwestlich der Garnisonstadt Oshakati 22 Guerrilleros. Die Leichen waren von der Hitze aufgebläht. Die wenigen Strohütten, die nach den Kämpfen noch standen, mußten wegen der Seuchengefahr geräumt werden.

Namibias Weg in die Unabhängigkeit begann am vorletzten Samstag mit blutigen Gemetzeln. Südafrikas Außenminister Roelof Botha verlangte ultimativ eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats – „da wir sonst zweifellos das Recht haben, unseren Verpflichtungen gemäß Resolution 435 nicht mehr nachzukommen“.

Harsche Verurteilungen der schwarzen Befreiungsorganisation SWAPO durch Washington und London hatten Pretoria zunächst besänftigt. Die weiße Regierung sonnte sich – selten genug – in dem Gefühl, „die westliche Meinung auf unserer Seite zu wissen“, so Botha.

Derweil ging das Töten im Busch von Ovamboland weiter. In der dicht besiedelten Nordprovinz der einstmals kaiserdeutschen Wüstenkolonie Südwestafrika starben bis Ende letzter Woche über 200 Menschen, zivile Opfer nicht gezählt.

Es waren die blutigsten Gefechte seit Beginn des Buschkrieges in Namibia vor 23 Jahren. Sie hatten am 1. April angefangen, dem Tag, an dem der finnische UNO-Beauftragte Martti Ahtisaari in Windhuk sein Amt antrat. Schätzungsweise mehr als tausend SWAPO-Kämpfer

strömten aus Angola über die Grenze – und liefen in das Mündungsfeuer der berüchtigten Polizeitruppe „Koevoet“ (Breachstange).

Am Freitagnachmittag kamen weitere Wellen von Guerrilleros, laut südafrikanischem Staatsrundfunk begleitet von Panzerfahrzeugen „mit weißen Fahrern“.

Gemäß UNO-Resolution 435 – einem Fahrplan zu „freien und fairen“ Namibia-Wahlen im November – und damit verbundenen Abmachungen obliegt die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung der südwestafrikanischen Polizei (Swapol), die wiederum von der UNO beaufsichtigt werden soll. Doch der fast 800 Millionen Mark teure Namibia-Einsatz, an dem statt zunächst geplanter 7.500 jetzt nur noch 4.650 UNO-Soldaten beteiligt sein werden, begann mit bürokratischem Schlendrian.

Ahtisaari und sein indischer General Prem Chand hatten bei Dienstbeginn gerade einige hundert Mann zur Verfügung, als die Kämpfe ausbrachen. Ohne Kenntnis von Land und Leuten, sprachlos – weil man sich in Namibia außer in den afrikanischen Sprachen hauptsächlich in burischem Afrikaans verständigt – waren die UNO-Beobachter nutzlos.

So manchen der Friedenssoldaten schreckten die ungewohnten Buschgeräusche, das nächtliche verrückte Lachen der Hyänen etwa und das heisere Gebell der Schakale.

Mittags liegen die Temperaturen derzeit, im kühleren Herbst, um die 35 Grad. Dennoch hatte das finnische UNO-Kontingent zerlegbare Saunen mitgebracht.

Kein Wunder, daß Ende letzter Woche in aller Welt Kritik an der Friedenstruppe laut wurde. „Sträflich leichtsinnig“, so Londons liberaler „Guardian“, habe Ahtisaari „die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Mission riskiert: seine Glaubwürdigkeit“.

Nicht nur die SWAPO empörte sich über die Eilfertigkeit, mit der Ahtisaari nun gar südafrikanische Truppen zur Verstärkung von Swapol einsetzte, die gemäß Friedensregelung nach Resolution 435 schon in ihre Kasernen eingerückt waren. Bereits am zweiten Tag der Kämpfe verlangte und erhielt der neben Ahtisaari agierende südafrikanische Generaladministrator Louis Pienaar die Erlaubnis, den 2.500 paramilitärischen Polizisten mindestens 1.500 Soldaten an die Seite zu stellen.

Der Windhuker Anwalt David Smuts, Sprecher eines von der bundesdeutschen Friedrich-Naumann-Stiftung finanzierten Menschenrechtszentrums, hat die Kampfgebiete besucht und Augenzeugen befragt. Sein Fazit: „Es scheint die Strategie der Sicherheitskräfte zu sein, so viele Guerrilleros wie möglich zu töten. Gefangene werden kaum gemacht. SWAPO-Kämpfer wurden bei der Rast, beim Essen, einige sogar beim Schwimmen erschossen.“

Eine kuriose Lage: Nach beinahe zweieinhalb Jahrzehnten, in denen die UNO von der „illegalen Besatzungsmacht“ Südafrika unentwegt die Rückgabe des Namibia-Mandats verlangte, kämpften nun Pretorias Soldaten auf UNO-Geheiß gegen die SWAPO – „die einzige und authentische Vertretung des Volkes von Namibia“, so eine Resolution der New Yorker Weltbehörde.

„Wir haben eindeutig das Recht auf unserer Seite“, freute sich Außenminister Botha. Oder vielleicht doch nicht?

Die vor mehr als zehn Jahren verabschiedete UNO-Resolution 435 ist an sich ein karges Schriftstück. Erst im Laufe der Zeit wurde daraus ein umfangliches Dokument. Tausende von Seiten stark sind allein Verhandlungsprotokolle von rund drei Dutzend Treffen im vergangenen Jahr, als Kuba, Angola und Südafrika, gedrängt von den USA und der Sowjet-Union, eine friedliche Lösung im Südwesten Afrikas aushandelten.

Die Freiheit für Namibia, das Ende des Angola-Kriegs und der Abzug der Kubaner wurden zu einem Paket verschürt. So verwickelt sind die Texte, daß der Marsch der SWAPO-Einheiten nach Süden möglicherweise Folge eines tragischen Irrtums ist.

Zwar legten die „Genfer Protokolle“ vom August letzten Jahres eindeutig fest, daß sich die Guerrilleros in angolanischen Lagern zu sammeln hätten: nördlich des 16. Breitengrades und somit etwa 150 Kilometer nördlich der namibischen Grenze. Von dort sollten sie in den nächsten Monaten unter UNO-Aufsicht heimkehren – unbewaffnet. Indes, von der SWAPO wurde dieser Vertragsteil „nie unterschrieben“, mußte ein hoher UNO-Vertreter in Windhuk zugeben.

Eine solche Argumentation, hielt Südafrikas Außenministerium letzten Donnerstag dagegen, gehöre „in die Abteilung der faulen Tricks“. Frieden könne erst einkehren, die UNO-Mission nur gerettet werden, wenn die SWAPO-Kämpfer „die weiße Flagge hissen“ oder sich nach Angola zurückzögen.

Die SWAPO beruft sich darauf, ein großer Teil ihrer Kämpfer habe sich schon vor dem 1. April im Land befunden, und lehnt das Ultimatum Südafrikas ab. „Wir kämpfen seit 1966 in Namibia“, sagte SWAPO-Chef Sam Nujoma in der Zimbabwe-Hauptstadt Harare, „wir werden unsere Heimat jetzt nicht verlassen.“

Auf einer Farm bei Windhuk wollten sich vergangenes Wochenende Vertreter Südafrikas, Angolas, Kubas, der Sowjet-Union und der USA treffen – zu einem diplomatischen Versuch, den Frieden in Namibia zu retten. Die Hoffnungen sind gedämpft. Am Freitagabend erklärte die Regierung in Pretoria den Friedensplan für „de facto suspendiert“.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 15/1989 –10.04.1989

„Es wird kein Halleluja ausbrechen“

SPIEGEL-Reporter Peter Schille über Namibia am Beginn seiner Unabhängigkeit (II)

Noch herrscht die Swapo nicht in Windhuk, dem Zentrum des neuen Staates Namibia. Es herrschen die UNO-Truppen mit ihren blauen Mützen und die Internationale der Neugier. Diplomatische Vorposten lernen in Hotelzimmern und engen Pensionen afrikanische Namen auswendig.

Windhuk hat bald 200.000 Einwohner, zwei Drittel von ihnen sind schwarz und hausen in der Township Katutura am östlichen Stadtrand. Katutura heißt „Dort, wo wir nicht wohnen wollen“.

Windhuk stellt nun die Hauptstadt dar. Aus kolonialem Dämmer erwacht, staunt sie verschlafen ins 20. Jahrhundert, wo hinter den Pfefferkuchen-Häuschen der Kaiserstraße Wolkenkratzer in den Himmel wachsen. Für seine Zukunft stattet sich Windhuk mit Fußgängerzonen und Tiefgaragen aus, mit Glasfassaden und Bürotürmen. Komfort ist knapp, alle Unterkünfte sind vermietet: Am 1. April erhöhten Hotels und Restaurants ihre Preise um 30 Prozent, die Freiheit wird teuer.

In Windhuk und Katutura treffen sie sich wieder: die vor dem Krieg geflohenen Ovambos. Alle Bauernfamilien stützen sich auf sie, die Kräftigsten der Sippe, die in Windhuk oder im Atlantikhafen Walfischbucht arbeiten: Wanderarbeiter.

Nachts kriechen sie unter eine frei gewordene Decke in einem Single quarter, einer Einraumwohnung für 20 Mann. Bezahlt wird der Schlaf stundenweise. Keiner verdient genug, um sich ein Haus zu leisten, ihre Familien sehen sie einmal im Jahr, im Frühling, wenn gepflügt wird im Ovamboland. Die Arbeitslosigkeit ist groß, 45 Prozent, sie hungern sich von einem Tag zum anderen.

Die Herren von Windhuk sind die weißen Herren des Landes. Wer schwarz ist und dennoch wohlhabend, gar Millionär wie der BMW-Händler Franz Indongo aus Oshakati, wird, Triumph der Dressur, als erfolgreicher Absolvent weißer Erziehung begönnet; selbst wenn er, neuerdings, der SWAPO ergeben ist.

Wer reich ist, hat weiß zu sein: Karl Werner List beispielsweise, einer der 25.000 Südwest-Deutschen, sein Vater gründete 1914 die Südwest-Brauerei. List Sohn braut in seinem Geiste weiter: Windhuk Lager und Export. Obwohl kein SWAPO-Freund, legt List gerade 70 Millionen Rand in Namibia an. In der von wilden Tieren und Touristen bevölkerten Etoschafanne baut er dem Fremdenverkehr ein Hotel.

„Wenn die SWAPO gewinnt, werde ich, Karl Werner List, ihrem Chef Sam Nujoma klarmachen, daß seine Wirtschaftstheorien und sein Sozialismus falsch sind. Sam, werde ich sagen, sei bloß nett zu Südafrika, wir sind total abhängig von den Buren!“

List, 68, bleibt also im Land und lehrt die Schwarzen sein Denken. „Weshalb sollte ich fliehen? Keiner flieht! Weil keiner mit Rachsucht oder Blutbädern rechnet. Wer bis heute geblieben ist, bleibt auch in Zukunft.“

List, der sich rühmt, vom Morgengrauen bis in die Dämmerung zu arbeiten, so hart, daß er seinen Reichtum gar nicht genießen kann, List sieht sich ob dieser wie seine Nationalflagge zur Schau getragenen Tüchtigkeit dennoch ein wenig gefährdet: „Den Leuten, die jetzt kommen, gehen alle Fähigkeiten und Eigenschaften ab, ein Land demokratisch zu regieren. Die haben nur eins im Kopf – uns Weiße zu beherrschen.“

Die SWAPO als Herr? Kann einer dem Teufel dienen und trotzdem fromm bleiben? Der Anwalt und Notar Andreas Vaatz rechnet mit schweren Zeiten: „Der Schwarze wird gefördert auf Kosten des Weißen. Weiße Verwaltungsbeamte werden von Schwarzen vertrieben, die Schwarzen werden Fehler machen. Es wird drunter und drüber gehen. Keine Kohle, kein Wasser mehr. Stromausfälle heute, verschlammte Rechnungen morgen, kein böser Wille – Unfähigkeit.“ Nichts werde mehr klappen – Folge der Afrikanisierung von Südwest.

Vor 100 Jahren, sinnt Vaatz, 48, weideten in Windhuk noch Elefanten, und demnächst regiert hier Sam Nujoma: „Ideologie, Armut und Unwissenheit werden einwandern. Die SWAPO-Soldaten werden Posten fordern, Kriminalität und Arbeitslosigkeit steigen.“ Vaatz, seine Kanzlei liegt an der Bismarckstraße, ein Drittel seiner Klienten ist schwarz, weckt seine weißen Nachbarn auf: „Die Zeit der weichen Federbetten ist vorbei!“

Weder Drunterunddrüber noch Chaos befürchtet der jüdische Pelzhändler Kurt Stern, 75. „Eine starke SWAPO soll mir recht sein.“ Sie ist ihm „immer noch lieber als wiedererweckte Nazis. Wir sind lange genug auf dem Buckel der Schwarzen geritten“.

Und auch die Nazis fürchtet Stern nicht, obwohl sie seine Enkelin neulich an die Gaskammer erinnerten. „In dem Augenblick, da SWAPO gewinnt, werden die lautesten Schreier unter den Südwest-Nazis still die Wende vollziehen. Wie in Deutschland nach dem Krieg wird es keine Nazis mehr geben.“

Was Stern bekümmert, ist die Armut der Schwarzen, die er nicht lindern kann, das biblische Elend der Bettler. Wenn er ihnen kein Almosen gibt, drohen sie ihm: Warte nur, bis wir an der Macht sind. Er nimmt das nicht ernst, es offenbart nur ihre Ohnmacht, die neuen Verhältnisse zu begreifen.

Aber die Unordnung der Zukunft? Der Industrielle J. Albi Brückner, ein berlinernder Nambier, sieht der Freiheit „gelassen ins Auge. SWAPO gewinnt, und wenn schon! Mir schneidet keiner den Hals ab. Wieso mir, würd' ich sie fragen! Geht doch nach Südafrika!“

„Unser Land ist eines der reichsten auf Erden“, ruft Brückner: wenig Einwohner, beste Infrastruktur, unermeßliche Bodenschätze – Diamanten, Uran und noch mal Uran, Zink, Vanadium. Und dann der Fisch: „Ein unabhängiges Namibia wird eine 200-Meilen-Zone vor seiner Küste einrichten, für jeden Fisch verlangen wir dann Tantiemen. All diesen Besitz werden wir

brüderlich teilen“, sagt Brückner, feierlich berlinernd, „wir sind doch inzwischen solidarisch, Schwarze und Weiße.“

Bürger Brückner, 58, wird zum Klassenkämpfer: „Die revolutionären Kräfte, die bald frei werden, müssen in die wirtschaftliche Entwicklung eingegliedert werden. Die Landwirtschaft, wo 70 Prozent der Menschen arbeiten, muß gefördert werden. Die Rückständigen wollen doch auch essen.“

Da sitzt er, trinkt gemütlich Kaffee und streitet mit Südafrika: „Je weiter wir nach links rücken, desto heftiger wird Pretoria uns destabilisieren. Die Fünfte Kolonne steht schon bereit. Fortsetzung des Terrors im Norden. Entfesselung von Banden wie in Mosambik.“

Und doch ist er zuversichtlich und hofft, daß Namibias schöne neue Welt auch Südafrika beeindruckt: „Wenn es bei uns klappt, erhalten die Reformer da unten doch Auftrieb!“

Ben Ulenga, 36, Generalsekretär der Bergarbeiter-Gewerkschaft, der größten Gewerkschaft in Namibia mit 12.000 Mitgliedern, möchte auch an die Zukunft glauben, doch die Gegenwart läßt ihn nicht los. „Es gibt Kumpel“, sagt er, „die arbeiten heute noch für 35 Cents Stundenlohn, zehneinhalb Stunden jeden Tag. Sie verdienen 140 Rand im Monat“, etwas mehr als 100 Mark.

140 Rand – und gerade hat ein südafrikanisches Universitätsinstitut errechnet, daß eine schwarze fünfköpfige namibische Familie mit weniger als 430 Rand monatlich verhungert. Die Armen von Katutura, wo auch Ulenga wohnt, träumen von 1.000 Rand Existenzminimum. Nicht einer von ihnen verdient soviel.

Arbeiter in Namibia sind rechtlose Wesen, und die Gewerkschaften sind vogelfrei: „Wir wissen nichts, niemand hat uns jemals Demokratie gelehrt. Die Arbeiter waren ratlos, als sie ihre Führer wählen sollten. Wie geht das denn? Wählen und abwählen – wie macht man's? Südafrika hat demokratische Umgangsformen unter Schwarzen nie zugelassen.“

Ulenga war 23, als er, frisch ausgebildeter SWAPO-Guerrillero, bei Tsumeb gefangenegenommen wurde. Urteil: 15 Jahre auf Robben Island, der Gefängnisinsel nördlich von Kapstadt. Er blieb achteinhalb Jahre und wurde einer aus dem Clan Nelson Mandelas, des südafrikanischen ANC-Heros. „Mandelas Erfahrungen sind jetzt auch meine Erfahrungen.“ 1986, ein halbes Jahr nach seiner Entlassung, rief er in Katutura das erste Arbeiterkomitee ins Leben.

Um die Sozialismus-Frage machen die Gedanken der SWAPO-Funktionäre einen weiten Bogen. Diskussionen über den SWAPO-Sozialismus verderben die Wahlchancen. Doch Ulenga drückt sich nicht vor einem Glaubensbekenntnis: „Erst wenn wir unsere Ressourcen und unsere Produktion selbst kontrollieren, sind wir wirklich frei. Wenn wir unsere eigene Nahrung anbauen können. Unsere Kinder frei erziehen dürfen. Wenn das Sozialismus ist, dann bin ich Sozialist.“

Und wenn die SWAPO regiert? „Dann wird kein Halleluja ausbrechen“, sagt Ulenga, „aber wenigstens werden sie unsere Sorgen begreifen.“

Der SWAPO im Lande Namibia widerfährt in diesen Tagen eine neue Wirklichkeit: Der Widerstand gegen Südafrika wurde in Angola organisiert. Der Krieg fand in Angola statt. Südwestafrika dämmerte einer Revolution entgegen, die jenseits seiner Grenze ausgebrochen war – im Namen Namibias. Der Aufruhr im Innern nahm Befehle aus Luanda entgegen, wo Sam Nujoma die Parolen verkündete. Seine Worte waren Gesetz, er war Gott, der Herr. Einwände, gar Kritik galten als Feindseligkeiten. Jedes Widerwort brachte die fragile Identität ins Wanken. Zweifel gefährdete die Hoffnung auf Veränderung.

Ein schwarzes namibisches Bewußtsein konnte, von diesem autoritären Über-Ich behindert, niemals entstehen. Das Land war zu sehr fragmentiert, zersplittert in Völker und Sprachen mit Bruchwirtschaften und Splitterkulturen – eine Frucht des kolonialen Erbes und der südafrikanischen Losung: Teile und herrsche. Jedes Volk verteidigte sein Herrschaftsgebiet gegen sei-

nen schwarzen Nachbarn: Herero gegen Buschmänner, Nama gegen Damara. Da der Kolonialherr ihr Lebensrecht gewaltsam in Frage stellte, mußten sie erst einmal Herero, Nama oder Buschmänner sein, ehe sie Namibier werden konnten. Ein nationaler Glaube an sich selbst konnte niemals entstehen.

In Katutura bombardierten die Kinder die Polizei niemals mit Steinen wie im südafrikanischen Soweto. Kein einziger Verräter wurde jemals in Brand gesteckt. Es genügte, die richtigen Worte aus Angola zu wiederholen, und man war ein Held. Die Koevoet-Schinder hatten leichtes Spiel. Und als der Traum von Namibia sich erfüllte, war die SWAPO nicht vorbereitet:

Ohne daß sie es gewahr wurde, betrieben Übergangsregierung und der von Südafrikas Gnaden bestellte General-Administrator die Privatisierung der öffentlichen Dienste: Krankenhäuser, Nah- und Fernverkehr, Wasser- und Stromversorgung, Post, Rundfunk und Fernsehen werden, im Namen der Wirtschaftlichkeit, an Kapitalgesellschaften verschachert. Deren Ziel ist Profit, nicht das Wohlergehen der Namibier. Bis zum 1. November, dem Wahltag, soll die Hinrichtung des Allgemeinwohls vollendet sein. „118 vom Volk durch Steuern finanzierte öffentliche Einrichtungen geraten in den Besitz privater Unternehmer.“ Jerry Ekandjo, im geschäftsführenden Politbüro der SWAPO für Jugend und Öffentlichkeit zuständig, begreift erst ganz allmählich, was seine neue Regierung erwartet: „Eine leere Schale. Wir werden eine Regierung ohne Macht und Mittel stellen.“

In Katutura verkaufte die Stadtverwaltung die Wohnungen der Armen an eine private Gesellschaft – die Mieten wurden ohne Zögern erhöht – „so beutet der Staat auch noch die Armut aus“. Die Mieten in Katutura sind jetzt höher als im Millionenghetto Soweto in Südafrika.

Ekandjo, voller Zorn: „All diese Gesellschaften riskieren ihr Geld. Das muß ein Ende haben, sonst rufen wir den Generalstreik aus. Jede südafrikanische Firma kann nun unsere Post kaufen, unsere Pensionskassen – auf ewig haben sie uns unter dem Daumen.“

Ekandjo, 41, auch er ein Überlebender von Robben Island, verteidigt seine wiedergewonnene Freiheit wie ein zweites Leben: „Die Wahl heißt Namibia oder Südafrika. Wir müssen das Gefängnis Namibia aufbrechen, die Weißen und wir hocken doch im selben Loch. Die Abhängigkeit von Südafrika – dagegen führen wir Krieg.“

Ekandjo ist müde und heiser von den vielen Beschwörungen. „Nein“, sagt er, „aber nein: der Sozialismus findet zunächst nicht statt.“

Der natürliche Feind der SWAPO tritt in der Gestalt eines Dandys auf: Advokat Louis Pienaar, 62, eine bunte Fliege unterm Kinn, führt von einer Windhuker Villa aus seit dem 1. April die namibischen Geschäfte Südafrikas. Pienaar ist der Vertraute des Staatspräsidenten Pieter Willem Botha. Der finnische UNO-Gesandte Martti Ahtisaari allerdings muß, wie ein siamesischer Zwilling, alle seine Entscheidungen billigen.

Der elegante Pienaar ist arm dran. Südafrika, Namibias Finanzier, trug bisher 36 Prozent des nationalen Budgets, 500 Millionen Rand jährlich. Nun knausert Pretoria. 1989 werden nur noch 80 Millionen überwiesen.

Wie soll Pienaar die Post damit bezahlen? Die Gesundheit seiner Schutzbefohlenen? Er weiß Rat – die Welt soll helfen. Nicht ihm, den sie verachten als Büttel der Buren. Das namibische Volk leidet Not: „Wie wär's“, fragt Pienaar leichthin, „wenn die USA das Gesundheitswesen übernehmen? Wenigstens die zwei größten Krankenhäuser, das kostete nur 30 Millionen Rand im Jahr.“

„Wir haben soviel für die freie Welt getan“, sagt Pienaar mit bebender Fliege, „Südafrika hat an der Bürde Namibia so schwer getragen, bis die Schlacht gewonnen war: Jetzt müssen die Kubaner Angola verlassen, wir haben das Volk vor dem Kommunismus geschützt und Afrika vom Sozialismus befreit!“

Weißer denken weiß, und Schwarze denken schwarz. Dirk Mudge, 61, Führer der konservativen Demokratischen Turnhallen-Allianz DTA, verbitterter Ex-Ministerpräsident und Finanzminister der vom Volk mißachteten Übergangsregierung, dieser abtrünnige Verbündete des südafrikanischen Rassismus, erklärt der SWAPO den Krieg: „Nachdem Südafrika verjagt ist, bekämpfen wir die SWAPO. Die hat noch lange nicht gewonnen: Wo ist ihre Flagge? Ihr Führer? Ohne den Schutz der UNO-Truppen wagen sie sich nicht in ihr Land! Sie waren Terroristen, sie werden von Gewalt auch künftig nicht lassen.“ Mudies Krieg wird von Südafrika großzügig finanziert.

Wahlkampf in Windhuk: „Die SWAPO“, ruft Mudge auf seinem weißen Sofa, links von ihm schmoren die „Bildbiographie Franz Josef Strauß“ und eine Chronik Bayerns in der Morgensonne, „die SWAPO braucht einen Schock durch die Wirklichkeit. Außer ihr gibt es noch andere Parteien.“ Mudge will gewinnen, er schätzt seinen Stimmenanteil auf „über 50 Prozent“.

Da muß Gerhard Töttemeyer aber lachen, und Politologen lachen selten: Der Dekan der Wirtschaftsfakultät an der Universität von Namibia hat den Wahlausgang längst berechnet. Er zweifelt nicht, „SWAPO gewinnt die Zwei-Drittel-Mehrheit“. Und dann wird die Verfassung der SWAPO die Verfassung Namibias sein: Am 1. April 1990 ist die Unabhängigkeit endgültig erreicht.

Ein paar Fragen sind noch offen: Wie alt müssen die Wähler sein, 18 oder 21? Wie viele Abgeordnete werden gewählt – 72 oder 100? Gibt es eine Fünf-Prozent-Hürde? Wie werden die Stimmfinger der analphabetischen Wähler gefärbt – gelb oder rot?

Töttemeyer, 53, als Jüngling einst Anhänger der südafrikanischen Nationalpartei, hat seine ganze Liebe der SWAPO geschenkt: „Allein im Ovamboland holt sie 60 Prozent der Stimmen – der Sieg ist unser.“ Und wenn Sam Nujoma klug mit seinem Sieg umgeht, wird er Dirk Mudge ins Finanzministerium bitten, um die Weißen zu beruhigen.

Der Farmer Ernst Rumpf gehört seit 59 Jahren zur Geschichte Südwestafrikas. Mit seiner Frau Rosemarie bewirtschaftet er 14.000 Hektar Weideland im Osten Namibias, den Hof Combumbi in der Ortschaft Steinhausen. Sein Vater, gebürtiger Hamburger, erwarb die ersten 5.500 Hektar 1929 für 550 Pfund Sterling. Rumpf züchtet 1.500 Rinder, einschließlich Kälber, ein Tier auf 14 Hektar. Seine Währung sind Ochsen: 1974 kostete ein Kleinlastwagen fünf Ochsen, heute 30. Rumpf ist der Herr von 14 Schwarzen samt deren Familien, insgesamt 40 Menschen. Er zahlt ihnen nur deshalb so niedrige Löhne, weil er Tag und Nacht für sie sorgt. Seine Frömmigkeit ist der radikalen Befreiungstheologie spinnefeind.

Die Rumpfs haben vier Kinder, Hanno, das älteste, ist ihnen davongelaufen – zur SWAPO. Weihnachten 1984 erfuhren die Eltern aus der Festtagspost von seiner Desertion.

Mutter Rosemarie „hat erst mal geheult. Ich konnte es nicht fassen. Für uns sind das Terroristen, für ihn Volkshelden. Wie konnte mein Kind bloß glauben, es müsse Terroristen angehören?“ Hanno, 30, ist inzwischen Pressesprecher der SWAPO in Bonn – „sie ist die einzige reelle politische Kraft in Namibia“.

Vater Rumpf dient der konservativen Nationalen Partei, Ministerämter hat er stets abgelehnt. Die SWAPO kann seinetwegen den Mond regieren, doch Namibia niemals. Ernst Rumpf hält den „Neger für nicht wettbewerbsfähig in der westlichen Gesellschaft, weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Feld. Er ist nicht dümmer oder minderwertiger als wir, er ist anders“.

Diese Andersartigkeit verwehrt ihm, sagt Rumpf, „die Inanspruchnahme unserer Rechte: Was hat ein 18jähriger Neger denn geleistet, daß er schon wählen darf? Kann er schreiben und lesen? Kann er wählen? Wählt er SWAPO, und das Experiment SWAPO geht schief – was dann? Eine zweite Wahl? Wird es unter einer sozialistischen SWAPO-Regierung überhaupt eine zweite Wahl geben?“

Rumpf bewohnt den Mythos Südwest, er wird ihn nie verlassen, wohin er auch reist; ein großer Häuptling aus dem Stamm der Weißen. „Ich bin Afrikaner, empfinde als Bure, Eingebore-

rener. Alle sollen gemäß ihrer Volksgruppe wählen. Ich als Weißer einen Weißen, die Buschmänner einen Buschmann, meine Herero einen Herero.“

Ihn habe keiner gefragt, was aus Namibia werden soll, schreit Rumpf: „Jetzt müssen wir unabhängig werden, ob wir wollen oder nicht.“

SPIEGEL ONLINE

Nr. 28/1989 – 10.07.1989

„Mit dem Kopf nach unten an einen Baum“

Die Befreiungsbewegung SWAPO, von der UNO als einzige legitime Vertretung Namibias anerkannt, hat Hunderte ihrer Mitglieder unter vagen Verdächtigungen jahrelang in Dschungel-Lagern mißhandelt und gefoltert. Letzte Woche kamen aufgrund des Friedensabkommens zwischen Südafrika, Angola und Kuba die ersten 153 Häftlinge frei, darunter auch 18 Kinder. Ihre Aussagen könnten den erwarteten Sieg der SWAPO bei den ersten freien Wahlen Anfang November in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika gefährden. Einer der Gefangenen berichtet:

Ich heiße Isaac Jephet und bin 34 Jahre alt. Schon als Student am Augustineum College in Namibia schloß ich mich der Jugendorganisation der SWAPO an, weil ich für die Freiheit meines Landes und gegen die südafrikanische Besatzung kämpfen wollte. 1978 floh ich aus meiner Heimat.

Von 1979 bis 1982 studierte ich am Namibia-Institut der Vereinten Nationen in Lusaka Entwicklungspolitik und Management. Dann schickte mich die Organisation zum Studium der Politischen Wissenschaften nach Indien und Nairobi. Danach arbeitete ich als Verwaltungschef im SWAPO-Büro von Lusaka.

Anfang 1986 sagte man mir, ich solle als Beobachter zu den Vereinten Nationen nach New York gehen, zuvor müsse ich aber eine militärische Ausbildung in Angola absolvieren. Das war ein Vorwand: Als ich im Lager Lubango in Angola ankam, wurde ich von den Sicherheitsleuten der SWAPO verhaftet. Das war am 4. Mai 1986. Man behauptete, ich sei ein Agent der Südafrikaner. Ich war entsetzt und wies diese Vorwürfe empört zurück.

Ich habe Südafrika immer als meinen Feind betrachtet und hatte niemals in meinem Leben irgendeinen Kontakt mit südafrikanischen Sicherheitskräften.

Man sagte mir: „Entweder du gibst zu, südafrikanischer Agent zu sein, oder wir bringen dich um.“ Ich wurde drei Monate lang verhört. Man fesselte mich dazu an den Knöcheln und hängte mich mit dem Kopf nach unten an einen Baum. Meistens waren es etwa zehn Leute, die mit Stöcken auf mich einschlugen.

Mehrmals wurde ich auch lebendig begraben. Sie warfen mich in ein Loch, bedeckten mich mit einer Plastikplane und schütteten Erde darauf. Ich verlor schon nach wenigen Minuten das Bewußtsein.

Dann kam der Tag, wo ich so schwach war, daß ich nicht mehr konnte. Ein Sanitäter sagte mir: „Du machst es nicht mehr lange. Erzähle ihnen, was sie hören wollen.“ Am folgenden Morgen erzählte ich ihnen diese Lüge, voller Angst, sie würden es wirklich glauben.

Sie legten mir eine lange Liste von Namen vor, sogar Namen von Mitgliedern des SWAPO-Politbüros waren darunter. Ich sollte ankreuzen, wer für die Südafrikaner arbeitete. In einer letzten Kraftanstrengung weigerte ich mich.

Da banden sie mich wieder an den Baum und schlugen mich. Ich war gebrochen, strich acht oder zehn Namen an. Ein Mitglied des Politbüros, Aaron Mushimba, wurde verhaftet und im Lager noch gefoltert, als wir es im April verließen.

Wenn einer nicht gestand, wurde er getötet, zum Beispiel Tauno Hatuikulipi, ein Mitglied des Zentralkomitees. Er starb während eines Verhörs. SWAPO-Präsident Sam Nujoma erklärte später, der Gefangene habe sich vergiftet. Das stimmt nicht.

Ich kam in ein anderes Gefängnis. Es war mitten in der Nacht, als man mich an ein Erdloch brachte, in das eine Leiter gelehnt war. Ich glaubte, nun käme ich ins Grab, als ich die Sprossen hinunterstieg. Unten hörte ich Menschen atmen, dann plötzlich Stimmen, die mich begrüßten. Am nächsten Morgen sah ich unser Gefängnis. Es war ein großes, mit Wellblech abgedecktes Erdloch – darin drängten sich 72 Gefangene. Es war vier bis fünf Meter tief.

Und so sah für die kommenden zweieinhalb Jahre unser Tagesablauf aus: Um 7.30 Uhr durften wir für wenige Minuten raus, um unsere Notdurft zu verrichten. Dann ging es zurück ins Loch bis vier oder fünf Uhr. Noch einmal zur Toilette, sonst waren wir die ganze Zeit wie lebendig begraben.

Essen gab es einmal am Tag, meistens nichts als Reis. Viele waren krank, litten an Durchfall. Wir hatten in der Grube ein paar Büchsen, in welche die Kranken ihre Notdurft verrichteten.

Ein Lungenkranker starb in meinen Armen. Wir schrien stundenlang nach einem Sanitäter. Als der kam, war der Mann schon tot. Die Frauen litten besonders. Sie wurden während der Verhöre nackt ausgezogen, viele wurden vergewaltigt.

Der Schlimmste unter den Peinigern war der stellvertretende Kommandeur der SWAPO-Armee People's Liberation Army of Namibia (PLAN). Es ist Salomon Hawala, unter dem Namen Jesus bekannt. Ich weiß, daß Salomon Hawala aktiv – ich wiederhole aktiv – an Folterungen teilgenommen hat.

Die SWAPO-Führung wird mich niemals davon überzeugen können, daß sie von all dem nichts gewußt habe. Bereits 1986 besuchte Sam Nujoma das Frauenlager Omenja Base in Angola. Mir haben Frauen von dort berichtet, daß sie weinend auf Nujoma zugelaufen seien. Sie riefen: „Du bist unser Präsident. Wir respektieren dich, aber schau, was uns dein Sicherheitsdienst angetan hat.“ Dann rissen sie ihre Blusen auf, zeigten ihre Wunden und Narben. Nichts geschah danach.

Anfang Mai wurden wir plötzlich vor die Alternative gestellt, uns der SWAPO wieder anzugliedern oder nach Südafrika abgeschoben zu werden. Wir unterschrieben alle, daß wir wieder zur SWAPO gehören wollten, keiner mochte nach Südafrika gehen.

Noch einmal erlebten wir Tage voller Todesangst, als jener PLAN-Stellvertreter mit schwerbewaffneten Soldaten kam. Wir flohen in Panik in den Busch, wo wir uns fünf Tage versteckten. Dann endlich wurden wir unter die Kontrolle der Angolaner gestellt und fühlten uns zum erstenmal sicher.

Als ich letzten Dienstag auf dem Flughafen von Windhuk ankam, habe ich mir geschworen, daß die Wahrheit an den Tag kommen muß. Ich habe vor nichts mehr Angst. Wir dürfen in Namibia vor allem eins nicht: eine Tyrannei durch die andere ersetzen.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 41/1989 – 09.10.1989

Namibia

Würstchen und Waffen

In der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika fürchten viele Weiße den Wahlsieg der SWAPO. Die Ultras rüsten zum Widerstand.

Nur wenn die Sonne am frühen Abend die Auasberge in rosa-blaues Licht taucht, bevor dann in Minuten die schwarze sternklare Nacht hereinbricht, sieht Windhuk noch immer wie ein kleines Städtchen aus, das friedlich zwischen kargen Hügeln liegt.

Doch das deutsche Kirchlein aus der Zeit der Jahrhundertwende und die dicken Mauern der Burg sind koloniale Wahrzeichen, die heutzutage irreführen. Windhuk ist Boom City.

Die Kaiserstraße wird auf Boulevardbreite ausgebaut, der Krach von zahllosen Baustellen ist ohrenbetäubend; ganze Stadtteile des alten Windhuk, etwa die Umgebung des Hotels Fürstehof, fallen den Planierraupen zum Opfer.

Gut vier Wochen vor den ersten „freien und fairen Wahlen“, so die UNO-Resolution 435, die fünf Tage lang vom 7. November an für eine verfassunggebende Versammlung abgehalten werden sollen, herrscht in der Hauptstadt der ehemaligen kaiserdeutschen Kolonie Goldgräberstimmung. Politiker und Soldaten, Profiteure und Abenteurer aus aller Welt treffen sich in Namibia.

In den einstmals verschlafenen Biergärten, wo Export und Pils nach deutscher Brauart – im Oktober natürlich auch Starkbier – in Literkrügen serviert werden, drängen sich bis spät in die Nacht die Gäste. Im renovierten Hotel Kaiserkrone, das zu einer Schwemme verkommen war, in der deutsch lallende Südwestler mit dicken Bäuchen und kurzen Hosen verkehrten, führt nun ein junges Ehepaar aus dem Westfälischen das erste Restaurant am Platz.

Allabendlich dinieren bei Kerzenschein die Offiziere der über 5.000 Mann starken UNO-Friedenstruppe. Diplomatisches Personal aus Dutzenden neuer „Beobachtungsmissionen“, wie sich die Botschaften im Moment noch nennen, sorgt für hauptstädtisches Flair.

Hausbesitzer, die im jahrzehntelangen Streit zwischen der – laut UNO „illegalen“ – Mandatsmacht Südafrika und dem Rest der Welt die Nerven bewahrt haben, werden nun reich. Noch Anfang des Jahres erschien der Kauf eines herrschaftlichen Hauses für den künftigen Bonner Botschafter mit rund vier Millionen Rand (zwei Millionen Mark) überbezahlt. Mittlerweile gilt so etwas als Schnäppchen. Die Sowjets mußten unlängst für ein mittleres Hotel fünf Millionen Rand ausgeben. Die Besitzerin dieses Hotels, der einstigen „Pension Berger“, kaufte derweil vom kleineren Teil des Erlöses ein Traumhaus hoch über dem Atlantik in Kapstadt – noch ist der Geldtransfer nach Südafrika ungehindert möglich. Viele weiße Südwestler glauben, besser zu fahren, wenn sie sich im Kapstaat eine Zukunft sichern. „Man legt nicht alle Eier in einen Korb“, heißt die Devise.

Sowohl der Bauboom wie auch die ängstliche Zukunftssicherung kündigen neue Zeiten an. Selbst glühende Unterstützer der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA), eines Zusammenschlusses gemäßigter Schwarzer und Weißer unter Führung des afrikaanssprachigen Farmers Dirk Mudge, schließen nicht mehr aus, daß die linke Befreiungsbewegung SWAPO die absolute Mehrheit schafft.

Viele der 80.000 Weißen, darunter auch die meisten der 25.000 Deutschstämmigen, werden für die Allianz stimmen. Doch die zukünftige Regierung für 1,4 Millionen schwarze Namibier wird im bevölkerungsreichen Norden, in Ovambo und Kavango gewählt, wo die SWAPO 23 Jahre lang Krieg gegen die Besatzungsmacht Südafrika geführt hat. Von 698.000 Wahlberechtigten leben 242.350 im Ovamboland.

Auch die Mehrheit der Schwarzen aus der Windhuk-Vorstadt Katutura wird der SWAPO die Treue halten. Ende September kamen 60.000 zur bislang größten Wahlkampf-Veranstaltung. Sie wollten SWAPO-Chef Sam Nujoma sehen, den vermutlich ersten Präsidenten Namibias, der nach fast 30 Exiljahren wieder in die Heimat reisen durfte.

Die DTA hingegen lädt ihre Anhänger zu Würstchen-Festen ein. Sie hat den Ruf, Stellvertreterpartei Südafrikas zu sein, sagt Andre du Pisani vom Johannesburger Institut für Internationale Angelegenheiten. Die Wahlprognose des Politologen: „Es wäre erstaunlich, wenn SWAPO nicht 60 Prozent der Stimmen bekäme.“

Die Freude auf den nahen Sieg ist jedoch getrübt: Der brutale Umgang mit Dissidenten aus den eigenen Reihen hat die SWAPO in Namibia und im Ausland viele Sympathien gekostet. Tausende wurden in den Exilcamps in Angola per Folter „umerzogen“ und als angebliche „Verräter“ in Erdlöchern gefangengehalten.

Erst jetzt, nachdem über 41.000 Namibier aus dem Exil heimgekehrt sind, darunter auch etliche Mißhandelte, wagte ein „Elternkomitee“ unter UNO-Schutz den Verbleib weiterer 1.400 Personen anzumahnen.

Doch die Enthüllungen werden der SWAPO nicht substantiell schaden. „Die politische Grundeinstellung bleibt bemerkenswert stabil“, urteilt der in afrikanischen Wahlen erfahrene du Pisani. Erobert die SWAPO sogar eine Zweidrittelmehrheit, kann sie bis zur endgültigen Unabhängigkeit im April nächsten Jahres allein die Verfassung bestimmen.

Ein solcher Sieg würde dann die Weißen in Scharen über den Oranje, den südlichen Grenzfluß zu Südafrika, treiben. Für diesen Fall haben sich viele bis an die Zähne bewaffnet. Kalaschnikows, häufig Beutewaffen, von der abziehenden südafrikanischen Armee unter die Leute gebracht, gibt es nahezu öffentlich zu kaufen.

Mit Schüssen aus einer Kalaschnikow ermordeten vergangenen Monat rechte Ultras den deutschsprachigen Anwalt und SWAPO-Funktionär Anton Lubowski. Mit der gleichen Waffe wurde im Monat zuvor der Sicherheitsposten eines UNO-Büros in Outjo umgebracht. Die drei Täter – einer davon deutschsprechend und alle liiert mit der südafrikanischen Faschistengruppe „Afrikaner Weerstandsbeweging“ – warfen auch Handgranaten.

Längst gefährdet die zunehmende Gewalttätigkeit in dem riesigen Wüstenstaat von gut dreifacher Größe der Bundesrepublik die Friedensmission der UNO. Die Zahl der ursprünglich eingesetzten 500 Polizisten aus aller Welt im Gesamtkontingent der Vereinten Nationen wurde bereits verdoppelt. Zuletzt kam, vor gut drei Wochen, Verstärkung aus der Bundesrepublik – 50 Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS).

Die „Deutsche Schutztruppe“, meldete immerhin in Anführungszeichen die stramm rechte Allgemeine Zeitung, wurde rasch auf verschiedene Posten der „Swapol“, der „Südwestafrikanischen Polizei“, vorwiegend im Norden des Landes abkommandiert.

Denn schon kurz nach der Ankunft hatten betrunkene Südwestler die jungen BGSler im Safari Motel mit „Sieg Heil“-Rufen begrüßt und begehrt, das Deutschlandlied, Strophe eins, zu hören.

Das blieb bislang der einzige Zwischenfall dieser Art. Die unter einigen hundert BGS-Bewerbern ausgesuchten Namibia-Freiwilligen waren zwei Wochen lang in Bad Honnef über Land, Leute und die politische Situation ihres Einsatzlandes aufgeklärt worden.

Im Polit-Kurs hatten sie auch gelernt, Einladungen zu Grill- und Bierfesten, etwa von den „Deutsch-Südwestler Komitees“, abzulehnen. „Schneebantus“, schnaubten daraufhin die Gestrig-Deutschen. Der Schimpfname gilt allen Bundesbürgern, welche die Apartheidsgläubigkeit und Hitlerverehrung der extremistischen Südwestler nicht teilen.

Erstmals wurden aus dem Patrouillenbereich der deutschen UNO-Beobachter Kämpfe zwischen SWAPO- und DTA-Anhängern gemeldet. Die amtliche Bilanz des vorletzten Wochenendes: ein Toter und 33 Verletzte. Kaum zufällig dabei, daß die Schußwechsel stattfanden, nachdem am letzten Septembertag die berüchtigte Spezialtruppe „Koevoet“ (Breachstange) aufgelöst worden war. Südafrikas Namibia-Verwalter Louis Pienaar befolgte damit eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats.

Doch bei ihrem letzten Appell fehlten bereits 300 von 1.200 schwarzen Koevoet-Leuten, die bis dahin bei ihren Brutaleinsätzen von weißen Offizieren befehligt worden waren. Empört protestierte der finnische Chef der Uno-Beobachter, Martti Ahtisaari, in Windhuk. Er sei über den Verbleib der Truppe nicht informiert worden.

Ihre Waffen, behaupten Kenner der „Koevoet“, seien längst in sicheren Verstecken gelagert – Vorsorge für den Fall, daß vom 14. November an, dem Tag, an dem das Wahlergebnis erwartet wird, „die rote Fahne über Windhuk weht“.

SPIEGEL ONLINE

Nr. 43/2007 – 22.10.2007

NAMIBIA

Falsche Helden

Die Sünden der Vergangenheit holen die Regierung in Windhuk ein: Bald könnte sogar Sam Nujoma, Chef der Regierungspartei South West Africa People's Organization (SWAPO) und ehemaliger Präsident des Landes, als Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag landen. Während des jahrzehntelangen Unabhängigkeitskrieges gegen das südafrikanische Apartheidregime soll die SWAPO bei internen Säuberungsaktionen bis zu 6.000 Abweichler ermordet haben. Deswegen hat der Direktor der Namibischen Gesellschaft für Menschenrechte, Phil ya Nangoloh, in Den Haag Klage gegen Nujoma und andere führende SWAPO-Mitglieder eingereicht.

Die Regierung reagierte mit Drohungen: „Jeder, der unsere Helden verunglimpft, soll das Land verlassen“, forderte Präsident Hifikepunye Pohamba; die SWAPO-Jugend trommelt zu Massendemonstrationen gegen die Menschenrechtler. Er habe schon Morddrohungen erhalten, sagt Phil ya Nangoloh. Um die Berichterstattung über SWAPO-Verbrechen zu behindern, soll die Pressefreiheit eingeschränkt werden – so zumindest sieht es ein Gesetzentwurf vor. Mittlerweile ist auch der in New York ansässige Bund für das Internationale Strafgericht über die Vorgänge alarmiert – eine Vereinigung von über 2.500 nichtstaatlichen Organisationen, die als einer der Initiatoren des Gerichts in Den Haag gilt. Es sei jedermanns Recht, dem Strafgerichtshof Informationen vorzulegen, verteidigte der Bund Nangoloh.

Allgemeine Zeitung

Älteste Tageszeitung Namibias

11.07.2008

Neue TV-Serie über SWAPO-Buschkrieg

Windhoek – Auf dem südafrikanischen Fernsehsender „Kyknet“ von DSTV hat am vergangenen Sonntag eine TV-Serie über den namibischen Buschkrieg gestartet. Die 26-teilige Serie mit dem Titel „Grensoorlog“ (Grenzkrieg) wurde von der gebürtigen Namibierin Linda de Jager produziert und läuft immer Sonntags um 20.30 Uhr (südafrikanische Zeit). „Grensoorlog“ ist eine Dokuserie, bestückt mit Archivmaterial vom Unabhängigkeitskampf sowie aktuellen Interviews mit Zeitzeugen.

Linda de Jager will mit dieser Produktion auch eigene Kindheitserinnerungen aufarbeiten. Laut einer Pressemitteilung von DSTV erinnert sich die in Walvis Bay gebürtige TV-Produzentin an ihre Kindheitstage, wo die Eltern regelmäßig hitzige Diskussionen über den Grenzkrieg der Südafrikaner gegen die damals als Terroristenorganisation bekannte SWAPO führten. De Jager will viele Zeitzeugen beider Seiten dazu bewogen haben, von ihren persönlichen Erfahrungen im Buschkrieg zu erzählen. „Es war extrem schwierig, diese Leute zu finden und sie dann zum Reden zu bringen“, sagt sie. *Irmgard Schreiber*

11.07.2008

Veteranenhilfe zum Hausfrieden

Pohamba motiviert fünfte Hilfsaktion für SWAPO-Alt kämpfer als Tat der Stabilität

Präsident Hifikepunye Pohamba hat es gestern deutlich gemacht: die fünfte Hilfsaktion für Kriegsveteranen gilt nur für SWAPO-Alt kämpfer und nicht für Kräfte, die im Unabhängigkeitskampf die Infrastruktur Namibias gegen Guerilla-Anschläge verteidigt haben.



Veteranenminister Dr. Ngarikutuke Tjiriange überreicht der SWAPO-Seniorin Ida Jimmy eine Veteranenkarte im Fraktionslokal der Partei im Tintenpalast.

Windhoek – Altpräsident Sam Nujoma war der erste auserlesene Veteran, der von Dr. Ngarikutuke Tjiriange, Minister für Kriegsveteranen, seinen Alt kämpferausweis erhielt. Ihm folgten Präsident Pohamba, Altpolitiker Andimba Toivo ya Toivo sowie die Alt-Aktivistin Ida Jimmy, die jetzt ebenfalls ihre Veteranenkarte tragen. Pohamba und Tjiriange lancierten gestern die landesweite Erfassung aller SWAPO-Alt kämpfer in allen 13 Regionen. Mit der Aufnahme soll laut Pohamba sichergestellt werden, dass alle Alt kämpfer der SWAPO-Seite hinreichend versorgt werden. „Der Beistand an anerkannte Freiheitskämpfer soll als Investment für Frieden und Stabilität unseres Landes gesehen werden. Es ist unsere Art, erneut zu zeigen, dass die Opfer unserer Söhne und Töchter, die am nationalen Befreiungskampf gegen die Kräfte des Kolonialismus beteiligt waren, der Stolz aller Namibier bleiben. Die Aktion bildet Teil unserer Anstrengung, eine integrierte Gesellschaft zu schaffen, in der wir soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde hoch halten.“ Da kämen nur solche Kräfte in Frage, die im Befreiungskampf gestanden hätten, aber nicht jene, die dagegen ins Feld gezogen seien.

Pohamba definierte drei Kategorien der Veteranen des Befreiungskampfes; zuerst die Kräfte, die mit der Waffe gekämpft haben; an zweiter Stelle jene Namibier, die die Unabhängigkeit innerhalb des Territoriums Südwestafrika verfolgt haben, und an dritter Stelle solche Kräfte, die während des Kampfes zu Sonderaufgaben eingesetzt wurden. Pohamba bot zu den letzten beiden Kategorien keine Beispiele an.

Der Präsident betonte ferner, dass nicht jeder beglaubigte Veteran mit materieller Versorgung rechnen könne. Arbeitslose Alt kämpfer, beziehungsweise solche Veteranen, deren Einkommen unter einem Minimum liege – wieder gab der Präsident keine Norm – sollen vom Veteranenministerium für eine Kriegsrente vorgeschlagen werden. Vor der Bewilligung von Unterstützung erfordert das Ministerium ein Einkommensprofil der Antragsteller. Veteranen in guter Stellung und mit festem Einkommen über dem Minimum sind von der Unterstützung ausgeschlossen, sollen aber dennoch zur Vollständigkeit des Alt kämpfer-Registers erfasst

werden, wie durch die Vergabe der ID-Karten an die gut situierten SWAPO-Senioren Nujoma, Pohamba, Ya Toivo und Ida Jimmy demonstriert wurde.



Altpräsident Sam Nujoma erhielt gestern als erster seine Kennkarte als Veteran des Befreiungskampfes.

Pohamba ermutigt Historiker, andere Wissenschaftler und Autoren, vom künftigen Register zur Kontaktaufnahme und Forschung Gebrauch zu machen. Nujoma forderte Tjiriange als zuständigen Minister auf, die Veteranen auf solche Weise in die Gesellschaft zu integrieren, dass „sie die Früchte der Unabhängigkeit genießen“ könnten.

Die jetzige Hilfsaktion ist mindestens die fünfte seit 1990. Vier dieser Hilfsaktionen waren und sind exklusiv für die Altkämpfer der SWAPO bestimmt. Das Ministerium für Veteranen wurde im Oktober 2006 gegründet.

Eberhard Hofmann

Allgemeine Zeitung

Älteste Tageszeitung Namibias

11.07.2008

Stets im eigenen Wahn

Die landesweite Erfassung ehemaliger Freiheitskämpfer, die der SWAPO angehören, kommt 18 Jahre nach der Unabhängigkeit reichlich spät. Auf Druck und Drohung der Ex-Kämpfer der Befreiungsbewegung hat die Regierung schließlich im 16. Jahr der Souveränität das Ministerium für Kriegsveteranen gegründet. Gestern hatte nun der zuständige Minister Tjiriange zum Glanzakt eine selektierte Gesellschaft in den Tintenpalast geladen, die obersten SWAPO-Kader mit Altpräsident Nujoma sowie Staats- und Parteipräsident Pohamba an der Spitze. Über die Hälfte der Kabinettsmitglieder waren jedoch nicht erschienen, wovon leere Plätze mit ihren Namensschildern am Fraktionstisch zeugten. Der Ndilimani-Parteichor trat in adretter Kleidung auf und untermalte die Zeremonie mehrfach mit melodischem Revoluzzer-Gesang., Abgesehen von der Abwesenheit vieler Minister schien äußerlich alles zu stimmen.

Aber es gibt bedenkliche Makel. Die Partei hat lediglich ihre eigene Spitze gefeiert und ihre Köpfe (Nujoma und Pohamba) mit der Veteranenkarte ausgestattet, anstatt wenigstens einem mittellosen Altkämpfer das Anrecht auf die angesagte Existenzhilfe und Altersversorgung zu bescheinigen. Obwohl Pohamba salbungsvoll von der integrierten friedlichen Gesellschaft sprach, die durch die Leistung für die Altkämpfer gestärkt werden soll, war die parlamentari-

sche Opposition zu dem als Nationalereignis stilisierten Ritual gar nicht erschienen oder eingeladen.

Derweil Pohamba die integrierte Gesellschaft beschwört, ist die einseitige und total auf Parteifarben seiner Partei zugeschnittene Versorgung von Altkämpfern ein schäbiger Affront gegenüber ihren ehemaligen Gegnern, den Altkämpfern der SWA Territorialstreitkräfte und der Guerilla-Abwehr, die nach der Unabhängigkeit im Geiste der Versöhnung ihre Abfindung (von Südafrika ausgezahlt) mit ihren ehemaligen SWAPO-Gegnern geteilt haben. Die SWAPO leidet an einem gefährlichen Macht- und Beutesyndrom, womit sie wie ihre Apartheidsvorgänger die Gesellschaft in privilegierte und nachgeordnete Kategorien einteilt. Vor dem Verfassungsauftrag nationaler Aussöhnung ist das eine Schande.

Ersten Beistand erhielten die SWAPO-Krieger, als ihre ehemaligen Gegner von der SWA Territorialstreitmacht und der Guerilla-Abwehr Koevoet ihre einmalige Abfindung von Südafrika (damals 35 Mio. SA Rand) mit ihnen teilten. Danach gründete die Regierung die Entwicklungsbrigade für Ex-SWAPO-Kämpfer, die wegen Misswirtschaft aber wieder aufgelöst wurde. Als die Altkämpfer vor zehn Jahren auf die Straße gingen, folgte eine massive Arbeitsbeschaffung durch die Gründung der Feldpolizei, Aufnahme weiterer Kräfte in die Armee sowie andere Beschäftigung. Eine weitere, von der EU bezuschusste Hilfsaktion, lief von 2004 bis zum letzten Monat Juni 2008 unter dem Namen Socio-Economic Reintegration Program for Ex-Combatants (SIPE), als sie per Kabinettsbeschluss beendet wurde.

Eberhard Hofmann